

Südosteuropa als „Informal Empire“ Deutschlands 1933–1939 Das Beispiel Jugoslawien*

In den meisten historischen Darstellungen der nationalsozialistischen Außenpolitik stehen bis zur Gegenwart vor allem die Berliner Politik gegenüber den Großmächten, spektakuläre diplomatische Einzelereignisse oder aber die ideologische und territoriale Expansion des nationalsozialistischen Regimes sowie Hitlers außenpolitisches Kalkül im Mittelpunkt der Überlegungen. Demgegenüber haben ökonomische Fragen insbesondere für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Außenpolitik namentlich in der „westlichen“ Geschichtsschreibung bisher nur geringe Beachtung gefunden. Dies mag erklären, warum etwa die Berliner Politik gegenüber den südosteuropäischen Staaten für den Zeitraum bis 1938/1939 bisher nicht hinreichend untersucht worden ist, denn sie war vor allem in den ersten Jahren nach der Machtergreifung in ihrem sichtbaren Geschehen primär von ökonomischen Faktoren gekennzeichnet. Eine eingehende – in diesem Rahmen selbstverständlich nicht zu leistende – Analyse der nationalsozialistischen Südosteuropapolitik (hierzu wären endlich auch die unveröffentlichten deutschen Quellen umfassend heranzuziehen!) scheint um so mehr geboten, weil das Dritte Reich seine wirtschaftliche Vormachtstellung in Südosteuropa schon in den ersten Jahren nach der Machtergreifung schnell aufbaute, und zwar unter Verzicht auf spektakuläre diplomatische Aktionen. Zum anderen beschränkte sich die deutsche Südostpolitik nicht auf wirtschaftliche Ziele, vielmehr wurde die ökonomische Durchdringung des Donauraums auch als Instrument der Außenpolitik eingesetzt. Angesichts dieser politischen Bedeutung der sich nach 1933 ständig verstärkenden und in der Mitte der dreißiger Jahre bereits dominierenden wirtschaftlichen Position Berlins in dieser Region kann man die südosteuropäischen Staaten sogar als „Informal Empire“ des Dritten Reiches bezeichnen.

Diese These von der informellen Beherrschung Südosteuropas durch das nationalsozialistische Regime, die im folgenden am Beispiel Jugoslawiens exemplarisch dargestellt werden soll, geht von der Prämisse aus, daß die deutsche Südostpolitik in den Jahren 1933 bis 1939 primär von ökonomischen Faktoren bestimmt war. Daher steht die Analyse der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen zunächst im Mittelpunkt der Überlegungen. Anschließend soll die Frage nach den politischen Implikationen der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung Jugoslawiens beantwortet werden¹.

* Erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Verf. auf dem vom Belgrader Institut für Zeitgeschichte vom 2. bis 4. Oktober 1973 veranstalteten Kongreß zum Generalthema „Das Dritte Reich und Jugoslawien 1933–1945“ gehalten hat. – Die Darstellung basiert in erster Linie auf den unveröffentlichten Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn. Die bisher nur in englischer Übersetzung in den „Documents on German Foreign Policy, 1918–1945“, Series C (zitiert DGFP/C) veröffentlichten Dokumente werden grundsätzlich nach dem deutschen Original zitiert, auf die gedruckte englische Übersetzung wird jeweils dann verwiesen, wenn ein Dokument zum ersten Mal zitiert wird. – Frau Dr. Keipert und Herrn Dr. Gehling danke ich für die Unterstützung meiner Archivstudien.

¹ Zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik vgl. zunächst WILHELM TREUE Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) S. 45–64, dem allerdings die Akten des Auswärtigen Amtes noch nicht zur Verfügung standen; das gilt auch für die Mitte der fünfziger Jahre in Göttingen entstandenen bilateralen Untersuchungen von GERO BRAUSCH Deutschland – Ungarn. Die diplomatischen Beziehungen vom Herbst 1937 bis Frühjahr 1939. Phil. Diss. Göttingen

Als Beispiel für die Methoden und Zielsetzungen der deutschen Südostpolitik der Jahre 1933–1939 bietet sich Jugoslawien nicht nur deshalb an, weil hier Berlin relativ früh wirtschaftliche Erfolge verbuchen konnte, sondern weil es sich damit zugleich um einen politisch bedeutsamen Einbruch in die Kleine Entente handelte. Überdies überschritten sich die politischen und ökonomischen Interessen vor allem Deutschlands, Italiens, Frankreichs, aber auch Englands und der USA in keinem anderen südosteuropäischen Land bereits in der Mitte der dreißiger Jahre so deutlich wie in Jugoslawien. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die folgende Analyse der deutsch-jugoslawischen Beziehungen nicht ausschließlich an einer eng bilateralen Betrachtungsweise orientiert sein kann. Vielmehr muß die deutsche Rivalität mit Drittländern kurz erwähnt werden, denn in dem Maße, wie der Einfluß dieser Konkurrenten zurückgedrängt wurde, war die von der nationalsozialistischen Führung anvisierte Großraumwirtschaft erfolgreich. Abschließend wird das Kontinuitätsproblem angeschnitten. Handelt es sich bei der Etablierung des „Informal Empire“ in Südosteuropa um eine spezifisch nationalsozialistische Politik, oder steht die Politik in der Tradition der deutschen Südostpolitik vor 1933?

1956 (Ms.); ANDREAS HILLGRUBER Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944. Wiesbaden 1954, 2. Aufl. 1965 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Band 5); KLAUS-DIETRICH MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen von Hitlers Regierungsantritt bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges. Phil. Diss. Göttingen 1955 (Ms.). Der Schwerpunkt der neueren Forschung liegt auf der Zeit seit dem Ende der dreißiger Jahre; vgl. hierzu besonders MARTIN BROZAT Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941, in: Historische Zeitschrift 206 (1968) S. 45–96, sowie die kürzlich erschienenen Untersuchungen: KLAUS OLSHAUSEN Zwischenpolitik auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941. Stuttgart 1973; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg. Herausgegeben und eingeleitet von WOLFGANG SCHUMANN. Berlin 1973; und HOLM SUNDHAUSEN Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des „Unabhängigen Staates Kroatien“, in: Südost-Forschungen 32 (1973) S. 233–266, mit jeweils weiteren Literaturangaben. Speziell zur deutschen Jugoslawienpolitik vgl. außer der erwähnten Diss. von MEISS (zur Bewertung siehe unten S. 94) die Arbeiten von STEFAN BAAR Die Jugoslawienpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus in der Zeit von 1935 bis zum 6. April 1941. Phil. Diss. Karl-Marx-Universität Leipzig 1968 (Ms.) und JOHANN WUESCHT Jugoslawien und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945. Stuttgart 1969, die beide zu einseitigen Ergebnissen kommen. BAAR macht für die Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen „ein geheimes und offenes Komplott der prodeutschen Elemente in der jugoslawischen Regierung mit dem faschistischen deutschen Reich zur Ausbeutung der jugoslawischen Völker“ (S. 35–36) verantwortlich; was die deutsche Politik anbelangt, so sieht er „märchenhafte Profite“ der „deutschen Monopolhyänen“ als entscheidendes Motiv für eine „Ausbeutung der jugoslawischen Werktätigen“ (S. 37–38). Bei WUESCHT handelt es sich um eine apologetische Schrift, die u. a. (S. 242) „Beweise für die friedfertige Jugoslawienpolitik des Dritten Reiches“ liefern will (siehe zur Bewertung auch unten S. 94). Die Dokumentation setzt übrigens erst 1939 ein und stützt sich zu einem nicht unerheblichen Teil auf das deutsche Weißbuch „Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland“ (Berlin 1941). – Probleme des Deutschtums in Südosteuropa werden im folgenden nicht behandelt. Vgl. hierzu als neuen Beitrag WOLFGANG MIEGE Das Dritte Reich und die Deutsche Volksgruppe in Rumänien 1933–38. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Volkstumspolitik. Bern, Frankfurt/Main 1972 = Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Band 18; außerdem HANS-ADOLF JACOBS Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt/Main 1968, besonders S. 79 ff., 521 ff., 570 ff.; zum Deutschtum in Jugoslawien vgl. insbesondere DUSAN BIBER Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933–1941. Ljubljana 1966; weitere Literaturangaben auch in der von HANS-ULRICH WEHLER bearbeiteten einleitenden Darstellung zu THEODOR SCHIEDER (Hrsg.) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Band 5: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. o. O. 1961, S. 3 E ff. – Eine umfangreiche Auswertung der deutschen Quellen lassen die laufenden Untersuchungen zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik von R. HERRMANN, Köln, und W. S. GRENZBACH, Brandeis University, Waltham, Mass. erwarten.

Bevor die wichtigsten Etappen der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas am Beispiel der deutschen Jugoslawienpolitik im einzelnen dargestellt werden, sind einige Bemerkungen zur Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft nach 1933 erforderlich, weil hiermit das Verständnis für die Methoden der deutschen Südostpolitik erleichtert wird. Außenwirtschaftliche Fragen waren für das nationalsozialistische Regime insbesondere wegen ihrer binnenwirtschaftlichen Notwendigkeit und darüber hinaus wegen ihrer innenpolitischen Stabilisierungsfunktion gerade in den ersten Jahren nach der Machtergreifung von zentraler Bedeutung. Hitler selber rechnete die Überwindung der mit der Weltwirtschaftskrise seit 1929 eingeleiteten depressiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft und namentlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu seinen innenpolitischen Hauptaufgaben. Es gelte, „eine der größten Aufgaben zu meistern, die jemals Staatsmännern gestellt worden“ sei, betonte er². Die hohe Zahl der Erwerbslosen sei ein „Riesenproblem, das uns zur Lösung gestellt ist und demgegenüber alles andere zurücktritt“³. Die überlieferten Äußerungen Hitlers zu ökonomischen Fragen vermitteln ein relativ klares Bild über die Hauptstoßrichtung der Hitlerschen Wirtschaftspolitik: Bereits Anfang Februar 1933 hatte der neue Reichskanzler betont, daß er zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die „Vergebung öffentlicher Aufträge“ für die „geeignete Hilfsmaßnahme“ halte⁴. Ein „staatlicher Anreiz“⁵, erläuterte Hitler Ende Mai 1933 seine Vorstellung von einer antizyklischen Konjunkturpolitik, müsse der privaten Wirtschaft Impulse geben, die dann „eine ganze Entwicklung ins Rollen“ bringe⁶.

In der Tat gelang dem neuen Regime durch zahlreiche staatliche und staatlich geförderte Maßnahmen wie Häuserbauten und -reparaturen, den Ausbau des deutschen Straßennetzes, die Beschränkung der Steuerlasten zur Steigerung der Investitionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die seit 1934 intensivierete Aufrüstung eine wirksame Ankurbelung der Binnenkonjunktur⁶. Bereits im Januar 1934 war die Zahl der Arbeitslosen auf 3,8, im Januar 1935 auf knapp 3 Millionen zurückgegangen (Januar 1933 = 6 Millionen), und die öffentlichen Investitionen hatten 1934 nahezu wieder den Stand des Jahres 1928 erreicht⁷. Diese Belebung der Binnenkonjunktur hätte angesichts der deutschen Wirtschaftsstruktur auch von einer zunehmenden Exporttätigkeit begleitet sein müssen, denn die Ausfuhr deutscher Industrieprodukte bildete die Grundlage für die zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion notwendigen Rohstoffimporte. Die seit 1933/1934 erfolgreich betriebene interne Expansionspolitik führte jedoch schnell zu einem Druck auf die Handelsbilanz: Einerseits hatte die Konjunkturbelebung einen erhöhten Einfuhrbedarf an Rohstoffen zur Folge, zum anderen ließ die steigende Konsumkraft die Nachfrage nach zum Teil importierten

² Rede vom 9. Juli 1933, abgedruckt in: MAX DOMARUS Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Band 1, München 1965, S. 288.

³ Rede vom 21. März 1934, ebenda S. 371.

⁴ Niederschrift über eine Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung am 9. Februar 1933, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig BA), R 43 II/540.

⁵ Vermerk über die Chefbesprechung am 31. Mai 1933 über Arbeitsbeschaffung, in: BA, R 43 II/536; Aufzeichnung einer Besprechung mit Industriellen über Arbeitsbeschaffung, 29. Mai 1933, ebenda. Vgl. etwa auch die Reden Hitlers vom 23. März und vom 23. September 1933, in: DOMARUS Hitler Band 1, S. 233 ff., 301-302.

⁶ Vgl. hierzu vor allem DIETER PETZINA Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967) S. 18-55 mit weiteren Literaturangaben; außerdem JOHN D. HEYL Hitler's Economic Thought: A Reappraisal, in: Central European History 6 (1973/74) S. 83-96.

⁷ Zahlenangaben nach: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944. München 1949, S. 484 und RENE ERBE Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958, S. 25.

Nahrungsmitteln wieder ansteigen. Darüber hinaus wurde der Exportdruck der deutschen Industrieunternehmen, die im Verlauf der Weltwirtschaftskrise auf den Weltmarkt verwiesen worden waren und sich dort der scharfen Konkurrenz mit anderen Industrieländern ausgesetzt sahen, durch die verstärkte Nachfrage auf dem Binnenmarkt zunehmend gemildert. Folge dieser Entwicklung einer isolierten Binnenkonjunktur war ein Importsog, der in der deutschen Handelsbilanz schnell sichtbar wurde: Nachdem sich der deutsche Handelsüberschuß bereits im Jahre 1933 auf 667 Millionen Reichsmark (1932 ca. 1 Milliarde RM Überschuß) vermindert hatte, schloß die Handelsbilanz des Jahres 1934 sogar mit einem Defizit von 284 Millionen RM ab⁸.

Diese Entwicklung von einer aktiven zu einer passiven Handelsbilanz führte zu einem Rückgang der deutschen Devisenreserven, dem die Reichsbank zunächst mit einer ständigen Verschärfung der Devisenbewirtschaftung zu begegnen suchte. Da die laufend verminderten Quotenzuteilungen von Devisen an Importeure keine grundlegende Verbesserung der deutschen Devisensituation brachten, sah sich die Reichsbank schließlich im Sommer 1934 genötigt, jeden Tag nur so viel Devisen zuzuteilen, wie tatsächlich bei der Reichsbank eingegangen waren. Dieses am 26. Juni 1934 eingeführte System der Devisenrepartierung⁹ hatte jedoch den Nachteil, daß es zu einer neuen und ständig ansteigenden Auslandsverschuldung führen mußte, denn angesichts der deutschen Importüberschüsse blieb nahezu täglich ein Teil der Forderungen aus ausländischen Warenlieferungen nach Deutschland unbefriedigt. Es liege daher auch im Interesse des Auslands, so stellte das Auswärtige Amt im August 1934 fest, wenn die Reichsregierung demnächst neue Maßnahmen ergreifen werde, um die „Wareneinfuhr den tatsächlichen Devisenmöglichkeiten anzupassen“¹⁰.

Bereits im Juni 1934 hatte das Auswärtige Amt die deutschen Auslandsvertretungen wissen lassen, wie die Reichsregierung dieses Problem prinzipiell zu lösen gedenke. Mit Rücksicht auf die deutsche Devisenlage müsse „der Bezug von ausländischen Rohstoffen und Genußmitteln mehr und mehr mit der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse verknüpft werden“. Hier sei der deutsche Einfuhrbedarf bei einer Bevölkerungszahl von 65 Millionen ein „gewichtiger Faktor“. Er solle künftig stärker dazu benutzt werden, „um den Erzeugern und Lieferanten dieser Rohstoffe und Genußmittel die Notwendigkeit einer verstärkten Entgegennahme deutscher Industrieerzeugnisse zum Bewußtsein zu bringen“, um den gestiegenen deutschen Einfuhrbedarf „u n m i t t e l b a r“ einer Erweiterung der deutschen Ausfuhrmöglichkeiten dienstbar zu machen¹¹. Eine solche „planvolle Verlagerung“ der Einfuhr als Instrument der Außenhandelspolitik¹² bildete dann auch die Grundlage des sogenannten „Neuen Plans“ vom Herbst 1934. Mit der „Verordnung über den Warenver-

⁸ Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944 S. 392.

⁹ Zur Devisenrepartierung vgl. HERBERT FLAIG Untersuchung über den Einfluß des „Neuen Plans“ auf den deutschen Außenhandel und die deutsche Außenhandelspolitik. Rechts- und staatswiss. Diss. Freiburg i. Br. 1941, S. 20; DORTE DOERING Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-35. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. FU Berlin 1969 (Ms.), S. 69-70.

¹⁰ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ritter) vom 20. August 1934, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C. Bände I-III. Göttingen 1971-1973 (zitiert ADAP/C I-III), hier Band III, S. 337.

¹¹ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ulrich) vom 18. Juni 1934, ebenda S. 33; Hervorhebung im Original.

¹² Rede des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath auf der Jahresveranstaltung in Hamburg des Ibero-Amerikanischen Instituts am 14. April 1934, abgedruckt in: PAUL MEIER-BENNECKENSTEIN (Hrsg.) Dokumente der deutschen Politik. Band 2: Der Aufbau des deutschen Führerstaates. Das Jahr 1934. Bearb. von Axel Friedrichs. Berlin 1936, S. 208.

kehr“ vom 4. September 1934 erhielt die Reichsregierung die Möglichkeit zur staatlichen Lenkung des gesamten Außenhandels¹³. Während die Einfuhren jetzt einer lückenlosen Kontrolle unterlagen, wurden zugleich die Exportbemühungen verstärkt. Die im Rahmen des „Neuen Plans“ betriebene Außenwirtschaftspolitik ist in erster Linie durch drei Schwerpunkte gekennzeichnet:

1. Bilateralisierung des Außenhandels und des auswärtigen Zahlungsverkehrs durch Verrechnungsabkommen mit einer steigenden Zahl von Handelspartnern.
2. Quantitative Importbeschränkungen nach national-wirtschaftlichen Prioritäten und politischen Erwägungen.
3. Ausfuhrförderung durch Kompensationsabkommen, Exportsubventionen, partielle Abwertung der Reichsmark und bevorzugte Zuteilung von Rohstoffen bei Exportaufträgen.

Das im „Neuen Plan“ sich manifestierende bilaterale Außenhandelssystem bildete das entscheidende Instrument zur wirtschaftlichen und auch politischen Durchdringung der südosteuropäischen Staaten, die von der nationalsozialistischen Regierung von Anfang an als wichtiges Einflußgebiet der deutschen Politik betrachtet wurden. So hatte etwa im Mai 1933 Ministerialrat Willuhn (Reichskanzlei) Hitler auf die besondere Bedeutung der südosteuropäischen Länder hingewiesen und es als Ziel der deutschen Politik bezeichnet, „durch Europa eine Linie von Norden und Nordwesten bis zum Südosten zu ziehen, und so ein Gebiet zu schaffen, dessen Mitglieder bevorzugt zu behandeln sind“. Es komme insbesondere darauf an, daß Deutschland gegenüber anderen Mächten „eine Präferenz . . . auf den Südostmärkten genießt“, um auf diese Weise den „deutschen wirtschaftlichen, kulturellen und vielleicht auch politischen Einfluß im Balkangebiet [zu] sichern“¹⁴. Einige Wochen

¹³ Reichsgesetzblatt 1934, Teil I, S. 816 ff. Zum Neuen Plan vgl. im einzelnen ALLEN THOMAS BONNELL *German Control over International Economic Relations*. Urbana, Illinois 1940, S. 85 ff.; FRANK C. CHILD *The Theory and Practice of Exchange Control in Germany. A Study of Monopolistic Exploitation in International Markets*. The Hague 1958; JOHN C. DE WILDE *Germany's Trend toward Economic Isolation*, in: *Foreign Policy Reports* 10 (1934/35) S. 226–236; DOERING *Deutsche Außenwirtschaftspolitik* S. 246 ff.; ERBE *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik* S. 71 ff.; WOLFRAM FISCHER *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*. 3. Aufl. Opladen 1968, S. 71 ff.; PHILLIP H. LOHMANN *Germany since the „New Plan“*, in: *World Affairs Interpreter* 7 (1936/37) S. 257–272; NORMAN PETERSON *Hjalmar Schacht. For and Against Hitler. A Political Economy Study of Germany 1923–1945*. Boston 1954, S. 216 ff.; ARTHUR SCHWEITZER *Die wirtschaftliche Wiederaufrüstung Deutschlands*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 114 (1958) S. 599 ff.; AMOS E. SIMPSON *Hjalmar Schacht in Perspective*. The Hague, Paris 1969, S. 94 ff. = (*Studies in European History* Band 18); – aus nationalsozialistischer Perspektive: FLAIG *Untersuchung über den Einfluß des „Neuen Plans“*; HANS ERNST POSSE *Die Hauptlinien der deutschen Handelspolitik*, in: *Probleme des deutschen Wirtschaftslebens. Erstrebtes und Erreichtes. Eine Sammlung von Abhandlungen*. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen. Berlin 1937, S. 481–513, besonders S. 502 ff.; FRANZ REUTER (Hrsg.) *Die Neuregelung des deutschen Außenhandels*. 2 Bände. Berlin 1934–1935; ALFRED RINGER *Die deutsche Außenwirtschaft im Jahre 1934*, in: *Jahrbuch der nationalsozialistischen Wirtschaft*. Stuttgart 1935, S. 183 ff.; DERS. *Die Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft*, in: *Jahrbuch der nationalsozialistischen Wirtschaft*. Stuttgart 1937, S. 382 ff.; stark apologetisch HJALMAR SCHACHT *76 Jahre meines Lebens*. Bad Wörishofen 1953, S. 413–414; DERS. 1933. *Wie eine Demokratie stirbt*. Düsseldorf 1968, S. 115 ff. – Eine umfassende, die deutschen Akten gründlich auswertende Untersuchung über die im Rahmen des Neuen Plans betriebene Handelspolitik steht noch aus; auch mit der neueren Arbeit von ECKHARD WEBER *Studien der Außenhandelsverflechtung Ostmittel- und Südosteuropas*. Stuttgart 1971 (= *Ökonomische Studien* Band 19) kann die Diskussion über die „Vor- und Nachteile . . . der von Schacht eingeleiteten Politik des ‚Neuen Plans‘ für die deutschen Außenhandelspartner“ keinesfalls als „abgeschlossen betrachtet werden“, wie H. SUNDHAUSSEN in seiner Rezension in: *Südost-Forschungen* 31 (1972) S. 374–375 behauptet.

¹⁴ Vermerk über den Stand und die Aussichten der deutschen Warenausfuhr, 24. Mai 1933 in: BA, R. 43 II/329.

zuvor hatte Außenminister Neurath auf der Kabinettsitzung vom 7. April in einem außenpolitischen Lagebericht dem Kabinett schon empfohlen, „nach Möglichkeit den notleidenden Agrarstaaten des Balkans Zollpräferenzen für ihre wirtschaftliche Ausfuhr zu gewähren“. Der Außenminister formulierte damit eine wirtschaftliche und politische Doppelstrategie und hob in diesem Zusammenhang insbesondere Rumänien und Jugoslawien hervor, die es „in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen“ gelte, „einmal, um politischen Einfluß zu gewinnen und ferner, um dieses wichtige Absatzgebiet für unsere Ausfuhr zu erhalten“¹⁵.

Das von Neurath hervorgehobene Problem der Beziehungen zu Jugoslawien war Anfang 1933 nicht zuletzt deshalb von besonderer Aktualität, weil der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag vom 6. Oktober 1927 wegen der von der deutschen Regierung Anfang September 1932 ausgesprochenen Kündigung mit dem 6. März 1933 abgelaufen war¹⁶. Wegen dieser vertragslosen Situation war zu befürchten, daß der deutsch-jugoslawische Warenaustausch, der seit Beginn der Weltwirtschaftskrise ständig abgenommen hatte, noch weiter schrumpfte. So berichtete die deutsche Gesandtschaft in Belgrad Anfang April 1933 von einer „Stockung im Warenaustausch zwischen beiden Ländern“ und hielt es für dringend notwendig, „ein völliges Erliegen des deutschen Exports nach Jugoslawien“ zu vermeiden¹⁷. Der „Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels“ verwies in einer Eingabe an die Reichsregierung auf die durch die Anwendung des jugoslawischen Maximalzolls verursachten „untragbare[n] Belastungen“ für viele deutsche Erzeugnisse, was bei einem längeren Fortdauern des vertragslosen Zustandes „unweigerlich zu einer katastrophalen Lage“ derjenigen Firmen führen müsse, die speziell auf den Export nach den südosteuropäischen Staaten eingestellt seien. Freilich war sich der Verband darüber im klaren, „daß die handelspolitische Atmosphäre wegen verschiedener deutscher Agrarzollmaßnahmen“ für die Aufnahme deutsch-jugoslawischer Handelsvertragsverhandlungen „noch nicht sehr günstig“ sei¹⁸.

Es kennzeichnet den Stand der handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, daß ein hoher Beamter des jugoslawischen Handelsministeriums, Ministerialdirektor Pilja, im März die „überhöhten“ Schutzzölle kritisierte und die deutsche Seite in ultimativer Form zur Aufnahme von Handelsgesprächen aufforderte. Jugoslawien befinde

¹⁵ Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933 in: ADAP/C I, S. 258. Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Staatssekretär von Bülow vom März 1933: „Unsere Politik gegenüber der Kleinen Entente wird sich zum Ziele setzen müssen, ihre Bindung an Frankreich möglichst zu lockern und insbesondere auch die Tschechoslowakei von einer allzu engen Anlehnung an Polen abzuhalten. Das beste Mittel hierfür wäre zweifellos eine Wirtschaftspolitik, die den deutschen Absatzmarkt für die Produkte dieser Länder öffnet. Vor allem Jugoslawien und Rumänien könnten bei ihrer heutigen katastrophalen Wirtschaftslage auf diesem Wege in der Richtung ihrer Außenpolitik maßgebend beeinflusst werden.“ Aufzeichnung Bülow, „Die außenpolitische Lage Deutschlands“, vom 13. März 1933, abgedruckt bei GÜNTER WOLLSTEIN *Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933*. Wilhelmische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 13 (1973) H. 1, S. 77–94, Zitat S. 90–91.

¹⁶ Vgl. im einzelnen Reichsgesetzblatt 1927, Teil II, S. 1125–1148 und 1932, Teil II, S. 195; Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand der deutsch-jugoslawischen handelspolitischen Beziehungen, 9. März 1934, in: *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn* (künftig AA), Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

¹⁷ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Dufour) an AA, 10. April 1933, in: AA, Sonderreferat Wirtschaft (künftig SW), Finanzwesen 16/Jugoslawien, Band 3.

¹⁸ Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels an Reichskanzlei, AA und Reichswirtschaftsministerium, 22. Juni 1933, in: BA, R. 43 II/305; zur Zollpolitik des Jahres 1933 vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 55–56, 71 ff., 101, 146, 229–230, 265.

sich „zurzeit in einem Zustand des Abwartens“, und die ersten Anzeichen dafür, daß Deutschland „von seinem mit unseren Interessen unversöhnlichen Standpunkt eines überhöhten Protektionismus“ abweiche, werde Belgrad „gerne zur Wiederaufnahme von Verhandlungen wahrnehmen“. Bevor Jugoslawien gegen Deutschland „Kampfmaßnahmen“ wie die Erhöhung der Sätze des jugoslawischen Maximalzolls anwende, wolle man zunächst einen Monat abwarten. Wenn sich die Reichsregierung bis dahin jedoch „nicht erklärt“ habe, so betonte Pilja, werde er „gezwungen sein“, der Regierung in Belgrad Vorschläge zu machen, die den Beginn eines „Zollkrieges“ mit Deutschland bedeuteten. In richtiger Einschätzung der Berliner Südostpolitik drückte Pilja allerdings die Hoffnung aus, daß die bevorstehende „Neuorientierung“ der deutschen Handelspolitik „die Möglichkeit weiterer Vereinbarungen mit Jugoslawien nicht ausschließen“ werde, und er wiederholte ausdrücklich die Bereitschaft seiner Regierung, „jederzeit . . . neue Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen, falls Deutschland von seinen überhöhten Schutzzöllen“ abgehe¹⁹. Jugoslawien machte handelspolitische Konzessionen also klar von der Öffnung des deutschen Marktes für jugoslawische Produkte abhängig.

Fraglos war auch der deutschen Seite nicht an einer handelspolitischen Konfrontation mit Belgrad gelegen. So ließ das Auswärtige Amt die jugoslawische Gesandtschaft in Berlin am 5. April ausdrücklich wissen, daß es „eine weitere Verschärfung des gegenwärtigen Zustandes zu vermeiden“ sich bemühe und es daher um so mehr bedauern würde, „wenn die jugoslawische Regierung nun etwa ihrerseits durch die Einführung neuer Kampfzölle diese Verschärfung herbeiführe“, denn eine solche Maßnahme würde in Deutschland „selbstverständlich die Anwendung des Obertarifs auslösen müssen“²⁰. Offensichtlich war Berlin zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht zu längerfristigen handelspolitischen Bindungen bereit, da sich die deutsche Handelspolitik im Sommer 1933 noch im experimentellen Stadium befand und eine prinzipielle Neuorientierung entgegen der jugoslawischen Annahme vom März 1933 für die nächsten ein bis zwei Monate noch nicht zu erwarten war²¹. Es charakterisiert diese handelspolitische Schwebelage, wenn sich das Auswärtige Amt im April zwar bemühte, den vertragslosen Zustand zu überwinden, sich selbst vertraglich aber nur für einige Monate binden wollte und daher zunächst sondierte, auf welcher Basis Belgrad zum Abschluß eines zwei- bis dreimonatigen Provisoriums bereit war²².

Daß letztlich beide Seiten einen handelspolitischen *modus vivendi* wünschten, zeigt der relativ schnelle Abschluß eines zunächst auf vier Monate begrenzten provisorischen Handelsabkommens am 29. Juli 1933²³. Hier beschränkten sich die beiden Staaten allerdings auf die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung. In einer Zusatzvereinbarung verzichteten dann die deutsche und die jugoslawische Regierung im September 1933 auf das Recht zur

Kündigung bis zum 1. März 1934²⁴. Es dokumentiert das deutsche Interesse an einem Ausbau der deutsch-jugoslawischen Beziehungen, wenn Berlin in der erwähnten Zusatzvereinbarung ein Kontingent von 80 000 dz getrockneter Pflaumen zu einem Vertragszoll von RM 10,- pro Doppelzentner einräumte, ein Entgegenkommen, das die deutsche Gesandtschaft in Belgrad „im Interesse guter deutsch-jugoslawischer Beziehungen“ dem Auswärtigen Amt „wärmstens“ empfohlen hatte²⁵. Nicht zuletzt diese deutsche Konzession, die schon die Tendenz des zukünftigen handelspolitischen Kurses gegenüber Belgrad erkennen läßt, dürfte mit dazu beigetragen haben, daß sich das Auswärtige Amt und die jugoslawische Gesandtschaft Anfang 1934 dahingehend verständigten, bereits am 15. März in Belgrad in Wirtschaftsverhandlungen einzutreten²⁶.

Die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien nahm das Auswärtige Amt am 12. März 1934 zum Anlaß, die Ziele der deutschen Jugoslawienpolitik zu konkretisieren. Berlin ging davon aus, „daß der auf beiden Seiten bestehende ernste Wunsch, wieder ins Einzelne gehende handelsvertragliche Beziehungen herzustellen, den Güteraustausch zwischen den beiden Staaten kräftig zu entwickeln und die Wirtschaftsbeziehungen dauernd zu vertiefen“, sich im Rahmen der Meistbegünstigung nicht werde realisieren lassen. Denn wenn die etwaigen handelspolitischen Zugeständnisse gegenüber Jugoslawien durch die Meistbegünstigung automatisch auch auf andere Staaten übergingen, „so würden sie für die deutsche Wirtschaft so teuer werden, daß sie sich – gemessen an den von Jugoslawien zu erwartenden wirtschaftlichen Gegenleistungen und auch an den daran sich etwa anschließenden politischen Rückwirkungen – nicht rechtfertigen ließen“²⁷. Aus dieser Einschätzung der handelspolitischen Situation ergab sich zwangsläufig, daß etwaige deutsche Konzessionen analog zu den einige Wochen zuvor mit Ungarn getroffenen Abmachungen²⁸ nur unter direkter oder indirekter Umgehung der Meistbegünstigung möglich waren. Der Grund für das Jugoslawien „voraussichtlich zu erweisende Entgegenkommen“, so erläuterte das Auswärtige Amt, sei „abgesehen von dem rein wirtschaftlichen Wunsch“, die deutschen Exporte zu steigern, „hauptsächlich der, daß wir versuchen wollen, uns auch im Wirtschaftskreis der Kleinen Entente einen festen handelspolitischen Stützpunkt zu schaffen“²⁹. Die zu diesem Zeitpunkt zentrale politische und handelspolitische Bedeutung Jugoslawiens im deutschen Kalkül ergab sich nicht zuletzt daraus, daß Berlin bisher vergeblich versucht hatte, dieses Ziel durch eine Intensivierung der deutsch-rumänischen

¹⁹ Vg. ebenda, S. 691–692; außerdem Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen, 9. März 1934, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

²⁰ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Dufour) an AA, 23. August 1933, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

²¹ Vgl. AA (Ulrich) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 24. Februar 1934, ebenda.

²² AA (Ritter) an Deutsche Botschaft Rom, 12. März 1934, in: ADAP/C II, S. 576–581, Zitate S. 577.

²³ Eine gute Zusammenfassung der wichtigsten Vereinbarungen und insbesondere der Geheimabreden zum deutsch-ungarischen Warenaustausch bietet die Aufzeichnung des AA „Inhalt und Bedeutung der am 21. Februar 1934 in Budapest unterzeichneten Zusatzvereinbarung zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag und der Vertraulichen Vereinbarung über die Förderung des deutsch-ungarischen Warenverkehrs“, Anlage zu AA (Bülow) an Reichskanzlei, 13. März 1934, in: ADAP/C II, S. 589–591; vgl. auch I. BEREND, GY. RÁNKI German-Hungarian Relations Following Hitler's Rise to Power (1933–34), in: Acta Historica. Zeitschrift der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 8 (1961) S. 313–346; I. BEREND, GY. RÁNKI Magyarország a Fasiszta Németország „Élletterében“ 1933–1939. Budapest 1960, S. 95 ff.

²⁴ AA (Ritter) an Deutsche Botschaft Rom, 12. März 1934, in: ADAP/C II, S. 577; ähnlich schon AA (Ulrich) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 24. Februar 1934, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

¹⁹ Aktenvermerk Benzler, 5. April 1933, in: AA, SW, Finanzwesen 16/Jugoslawien, Band 3.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda: Ende März hatte Staatssekretär von Bülow Außenminister Neurath darauf hingewiesen, daß sich für die „Führung der Außenhandelspolitik allgemeine Richtlinien für längere Zeit jetzt nicht festlegen“ ließen. Angesichts der Währungsunsicherheit und der Devisenrestriktionen, der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz sowie der in fast allen Ländern anstehenden Verhandlungen über internationale Verschuldung empfahl Bülow, „vor grundsätzlichen Festlegungen die Entwicklung der nächsten Monate abzuwarten und in der Zwischenzeit sich darauf zu beschränken, möglichst alle Wege offenzuhalten und akute Einzelfragen durch Zwischenlösungen zu regeln“. Aufzeichnung Bülow, „Deutsche Außenhandelspolitik“, vom 24. März 1933, in: Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Potsdam. Bestand AA, Büro Reichsaußenminister, Band Nr. 60966.

²² Aktenvermerk Benzler, 5. April 1933, in: AA, SW, Finanzwesen 16/Jugoslawien, Band 3.

²³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil II, S. 519–520.

Beziehungen zu erreichen³⁰. Deshalb sollte jetzt der Versuch unternommen werden, in Jugoslawien das „dauernde Interesse an dem deutschen Markt zu stärken“. Gerade angesichts der jüngsten französisch-italienischen Sondierungen über einen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Kurs im Donauraum – und zwar „unter Übergehung der deutschen wirtschaftlichen Interessen“ – sei es „eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Handelspolitik“, sich im Donauraum „feste handelspolitische Stützpunkte zu sichern“. Die Reichsregierung sei entschlossen, die deutsche „wirtschaftliche Stellung“ im Donauraum „mit allen Mitteln“ gegenüber – wie es hieß – „einseitigen und politisch beeinflussten Sonderbestrebungen einzelner europäischer Großmächte zu verteidigen“. Die Missionen in Paris, Belgrad, Budapest, Wien, Prag, Sofia, Bukarest und Rom wurden daher angewiesen, „jede Gelegenheit zu benutzen, um etwaigen Zweifeln bei den Regierungen der an diesem Problem beteiligten Staaten über diese Entschlossenheit der Deutschen Regierung zu begegnen“³¹.

Für die Verwirklichung der deutschen Politik, sich in die mit der Etablierung eines Wirtschaftsrates im Februar 1933³² intensivierte Handelspolitik der Kleinen Entente aktiv einzuschalten, bildete der nach siebenwöchigen Verhandlungen am 1. Mai 1934 in Belgrad unterzeichnete Handelsvertrag eine wichtige Voraussetzung³³. Er schien der deutschen Exportindustrie neue Absatzchancen zu eröffnen, und der Reichsstand der Deutschen Industrie begrüßte daher den Vertrag als „grundsätzliche Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen“ zwischen Berlin und Belgrad. Allerdings ist die auch vom Auswärtigen Amt hervorgehobene „grundsätzliche Neuregelung“³⁴ aus dem publizierten Text des Vertrages nur bedingt herzuleiten, denn hier wurden im wesentlichen drei Probleme fixiert:

1. Die Gewährung der Meistbegünstigung auf allen den Warenaustausch betreffenden Gebieten (wobei sich beide Seiten die Möglichkeit zu Zollunionen mit Nachbarstaaten offen hielten³⁵).
2. Zollabsprachen und Festlegungen von Kontingenten für zahlreiche deutsche und jugoslawische Produkte.

³⁰ Vgl. AA (Ritter) an Deutsche Botschaft Rom, 12. März 1934, in: ADAP/C II, S. 578.

³¹ Ebenda S. 578, 580.

³² Vgl. GÜNTER REICHERT Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraum von 1933 bis 1938. München 1971, S. 6 ff.

³³ Die veröffentlichten Teile des Vertrages sind abgedruckt im Reichsgesetzblatt 1934, Teil II, S. 302–332, und im Reichsanzeiger Nr. 108 vom 11. Mai 1934. Zu den nicht veröffentlichten Teilen des Vertrages gehören: Vertrauliches Protokoll über das deutsche Übernahmescheinverfahren, Vertrauliches Schlußprotokoll, Vertrauliche Vereinbarung über die Förderung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs, Geheimer Notenwechsel zu Artikel 1 und 2 der Vereinbarung über die Förderung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs, Anlage zum geheimen Notenwechsel zu Artikel 1 und 2 der Vereinbarung über die Förderung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs, Geheimer Notenwechsel zu der Vereinbarung über die Förderung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs, Notenwechsel zu 8 Einzelfragen, in: AA, Abt. II – Verträge, Jugoslawien, Nr. 4, Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Jugoslawien, abgeschlossen in Belgrad am 1. Mai 1934, 1 Band (zitiert AA, Verträge, Jugoslawien/4). Der Text des „Abkommens über Zahlungen aus dem deutsch-jugoslawischen Warenverkehr“ vom 1. Mai 1934 befindet sich in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

³⁴ Rundschreiben des Reichsstandes der Industrie, 14. Mai 1934, ebenda, Band 3; AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 52.

³⁵ In der Praxis dürfte die Möglichkeit zur Bildung einer Zollunion mit dritten Staaten für Jugoslawien allerdings nicht bestanden haben, da sich die deutsche Seite in den in Anm. 33 erwähnten Anlagen von Pilja ausdrücklich bestätigen ließ, „daß Jugoslawien keinem anderen Staat Vorzugsrechte irgendwelcher Art gegeben hat und dies auch in Zukunft nicht tun wird“.

3. Die Einsetzung von Regierungsausschüssen mit der Aufgabe, „in ständiger unmittelbarer Fühlungnahme diejenigen Fragen zu behandeln, die mit der Durchführung dieses Vertrages zusammenhängen“, wie es im Artikel 31 des veröffentlichten Textes lautet. Im Schlußprotokoll wurde die Arbeit der Regierungsausschüsse dann stärker präzisiert: Sie sollten die „Erweiterung“ des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs betreiben und in diesem Zusammenhang „auch besondere Aufmerksamkeit der Frage der Angleichung von Teilen der jugoslawischen landwirtschaftlichen Erzeugung an den deutschen Einfuhrbedarf“ widmen³⁶.

Wenngleich hier bereits ein langfristiger Aspekt der deutschen Jugoslawienpolitik erkennbar wird, ist die eigentliche Bedeutung des Vertrages nur aus den nahezu 20 zumeist geheimen bzw. nicht publizierten Zusatzabkommen zu erkennen. Hier ist einmal das Verrechnungsabkommen zwischen den beiden Notenbanken zu erwähnen, das den deutsch-jugoslawischen Warenverkehr auf eine devisenfreie Basis stellte. Der wichtigste Faktor des Vertrages ist allerdings in den Präferenzen zu erblicken, die der deutsche Vertragspartner den jugoslawischen Exporten einräumte, denn die Gewährung von Präferenzen für die Überschußprodukte der südosteuropäischen Agrarstaaten sollte sich als das entscheidende Vehikel der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung im Donauraum erweisen. Diese Vorzugsstellung wurde durch eine von Deutschland zu gewährende „geheime Rückvergütung“ in Höhe von 7,7 Millionen Reichsmark erzielt, die den Absatz der wichtigsten jugoslawischen Ausfuhrerzeugnisse wie Pflaumen, Eier, Äpfel, Weizen, Mais und Schmalz auf dem deutschen Markt sicherstellte. Diese deutschen Zugeständnisse waren nach Auffassung des Auswärtigen Amtes geeignet, „um bei längerer Geltung des Vertrages den deutschen Markt für die jugoslawische Ausfuhr unentbehrlich zu machen“. Angesichts der „wirtschaftlichen Bedeutung“ der deutschen Zugeständnisse war Berlin die Möglichkeit gegeben, „erforderlichenfalls einen entsprechenden Druck auf Jugoslawien auszuüben“. Damit war das Ziel der Verhandlungen mit Belgrad, den deutsch-jugoslawischen Warenaustausch auf eine „breitere Grundlage zu stellen“, Deutschland die „Entwicklungsmöglichkeiten auf dem jugoslawischen Markt für die Zukunft offen zu halten“ und für Deutschland „in der Kleinen Entente einen wirtschaftlichen Stützpunkt zu schaffen“, weitgehend realisiert³⁷.

Das große Selbstvertrauen der Reichsregierung in den Erfolg der eigenen handelspolitischen Methode demonstriert beispielsweise die Tatsache, daß Berlin in den Verhandlungen mit Jugoslawien darauf verzichtete, auch für deutsche Exporte – in diesem Zusammenhang sind insbesondere Maschinen, Eisenwaren, elektrotechnische Erzeugnisse und chemisch-pharmazeutische Produkte zu nennen – Präferenzen zu erhalten. Dem deutschen Kalkül lag offenbar die Überlegung zugrunde, daß es für deutsche Exportprodukte keiner Präferenzen auf dem jugoslawischen Markt bedurfte: es galt lediglich, eine Benachteiligung deutscher Exporte auszuschließen, denn bei formaler Gleichstellung der deutschen Ausfuhr mit den Produkten anderer Staaten werde der deutsche Exporteur erfolgreich konkurrieren können, sich letztlich sogar als überlegen erweisen³⁸.

³⁶ Reichsgesetzblatt 1934, Teil II, S. 307, 330.

³⁷ Vgl. hierzu AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 52 ff., Zitate S. 52; die hier nicht gedruckte Anlage des Berichtes (Zusammenstellung einiger wichtiger Punkte des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages vom 1. Mai 1934) in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2. Vgl. auch Anm. 33.

³⁸ „Auf die Forderung von Präferenzen für deutsche Waren wurde verzichtet, weil Präferenzen für die deutschen Erzeugnisse auf dem jugoslawischen Markt nicht unbedingt erforderlich sind und weil einseitige Präferenzverträge unsere Stellung in den Auseinandersetzungen mit Italien und anderen

Mit der uneingeschränkten Meistbegünstigung und der Freistellung von etwaigen Kontingentierungsmaßnahmen Belgrads sei Deutschland die „offene Tür“ in Jugoslawien gesichert, so betonte das Auswärtige Amt, was „zusammen mit zahlreichen Tarifzugeständnissen eine günstige Entwicklung unserer Ausfuhr“ verspreche, zumal die jugoslawische Seite die „Förderung“ deutscher Importe insbesondere bei öffentlichen Investitionen zugesagt habe. Diese handelsvertragliche Position auf dem jugoslawischen Markt garantierte nach Auffassung des Auswärtigen Amtes nicht nur ein „wirtschaftliches Gleichgewicht“ zwischen den Vertragspartnern, sondern würde sich darüber hinaus zugunsten Deutschlands auswirken³⁹. Allerdings haben sich die Berliner Erwartungen auf die Bildung „möglichst großer“ Handelsüberschüsse⁴⁰ zugunsten Deutschlands nicht erfüllt, im Gegenteil: die deutsche Handelsbilanz mit Jugoslawien schloß bereits 1934 mit einem Passivsaldo von 5 Millionen RM ab, der sich im Jahre 1935 auf weit über 10 Millionen RM vergrößerte⁴¹. Der jugoslawische Außenhandel mit Deutschland war damit ganz in den eingangs erläuterten Importsog der deutschen Konjunkturbelebung geraten und hatte sich nicht an den deutschen Zielen, sondern vielmehr an den Gesetzen ökonomischer Logik orientiert. Die deutsch-jugoslawischen Verhandlungen über die Beseitigung dieses Ungleichgewichts in der deutsch-jugoslawischen Handels- und Zahlungsbilanz lassen erkennen, daß schon bald nach Abschluß des Vertrages von einer gleichberechtigten Verhandlungsposition der beiden Vertragspartner nicht mehr die Rede sein konnte.

Bereits Anfang November 1934 wurde Ministerialdirektor Pilja, der Vorsitzende des jugoslawischen Regierungsausschusses, als er sich gegenüber einem Angehörigen der deutschen Gesandtschaft, Dr. Hess, der zugleich Mitglied des deutschen Regierungsausschusses war, über das wachsende jugoslawische Guthaben auf dem Berliner Verrechnungskonto besorgt äußerte, mit der Bemerkung abgespeist, „daß der Schwerpunkt der Angelegenheit auf der anderen Seite, d. h. bei den mangelnden Bezügen Jugoslawiens aus Deutschland liege“, und daß „es ja nur an Jugoslawien läge, die deutsche Ausfuhr in stärkerem Maße zu stimulieren als es bisher geschehen sei und damit alle Sorgen ja von selbst aufhören würden“⁴².

Anfang 1935 hatte das Guthaben der jugoslawischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse ca. 12 Millionen Reichsmark erreicht. An einem Abbau der Clearing-spitze durch verminderte Importe aus Jugoslawien war der Reichsregierung freilich kaum gelegen, im Gegenteil: Angesichts der innerdeutschen Rohstofflage und des Bedarfs an Nahrungsmitteln konnten die Einfuhrmöglichkeiten aus Jugoslawien vielmehr noch „unschwer erweitert“ werden. So galt der „Steigerung des deutschen Industrieexportes“, die nach deutscher Auffassung „allein einen dauernden und natürlichen Ausgleich“ der Clea-

Ländern über das Präferenzsystem im Südosten stärken, während zweiseitige Präferenzverträge nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen über diese Frage allgemeinem Einspruch begegnen würden.“ Zusammenstellung einiger wichtiger Punkte des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages vom 1. Mai 1934, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2.

³⁹ AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 53.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Während die deutsche und die jugoslawische Statistik für 1934 weitgehend übereinstimmen, weist für 1935 die jugoslawische Statistik 10 Mill., die deutsche sogar 25 Mill. aus. Ein deutscher Passivsaldo von ca. 15 Mill. RM für 1935 scheint unter Heranziehung des von den Regierungsausschüssen im Februar 1935 und im März 1936 vorliegenden Zahlenmaterials realistisch. Zahlenangaben nach MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 315–316. Protokolle der Tagungen der Regierungsausschüsse in: AA, Verträge, Jugoslawien/4.

⁴² Hess an Sarnow, 2. November 1934, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3.

ringkonten bringen konnte, die „Hauptsorge“ der Berliner Regierungsstellen³. Die Reichsregierung verfolgte daher auch „unablässig und nachdrücklichst“ das Ziel einer „Steigerung des deutschen Exports“⁴⁴ (ein keinesfalls auf Jugoslawien beschränktes Problem, wie die ständigen Aufrufe zu verstärkten Exportbemühungen zeigen, von denen hier insbesondere die Erlasse Hitlers vom März 1935 und vom April 1936 erwähnt seien⁴⁵), um zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Fraglos bereitete die mögliche „Verstopfung“ des Clearingverkehrs in Berlin große Sorgen, weil auf diese Weise der deutsch-jugoslawische Warenaustausch, zumindest aber die Einfuhr aus Jugoslawien „zum Erliegen“ kommen konnte⁴⁶. Allerdings wird man Erklärungen aus Belgrad, notfalls die Exporte nach Deutschland einzuschränken⁴⁷, in der historischen Analyse als leere Drohungen bezeichnen müssen, denn trotz der veränderten Weltmarktsituation, die die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach einigen Agrarprodukten wieder erhöht hatte, blieb die jugoslawische Volkswirtschaft bei der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Produkte vom deutschen Markt abhängig. Eben diese Abhängigkeit von der deutschen Konsumkraft zwang Belgrad, nach Lösungen zu suchen, um die Importe aus Deutschland – in den Jahren 1934/1935 in erster Linie Eisen- und Kupferwaren, Maschinen, chemisch-pharmazeutische Produkte sowie Erzeugnisse der deutschen Elektroindustrie⁴⁸ – zu erweitern.

Die Einengung des jugoslawischen Entscheidungsspielraums entsprach genau der im „Neuen Plan“ gipfelnden Taktik der Reichsregierung, Ein- und Ausfuhrfragen mit den einzelnen Ländern auf bilateraler Ebene unmittelbar miteinander zu verknüpfen, ein Prinzip, das Hitler selbst wenige Wochen vor Abschluß des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages gegenüber dem jugoslawischen Gesandten Baludžić hervorgehoben hatte⁴⁹. Man wird in diesem Zusammenhang aber festhalten müssen, daß die deutsche Handelspolitik gegenüber Jugoslawien das Instrument der passiven Handelsbilanz nicht von Anfang an eingeplant hatte, denn zunächst war man in Berlin ja davon ausgegangen, daß die Handelsbilanz mit Jugoslawien sogar aktiv sein werde. Eine solche Notwendigkeit zu einer aktiven Handelsbilanz war vor allem mit den deutschen Aufwendungen für die erwähnte geheime Rückvergütung und im Touristenverkehr begründet worden⁵⁰.

³ Sarnow an Hess, 16. Januar 1935, ebenda.

⁴⁴ Reinhardt an Hess, 5. September 1935, ebenda.

⁴⁵ Geheimerlaß vom 22. März 1935, Nürnberger Dokument NI-550, in: Staatliches Archivlager Göttingen; Geheime Reichssache, Erlaß Hitlers vom 4. April 1936, in: AA, Büro Reichsminister, Erlaß des Führers zur Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage, 1 Band.

⁴⁶ Vertrauliches Protokoll der ersten gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses vom 1. März 1935, in: AA, Verträge, Jugoslawien/4; Reinhardt an Hess, 5. September 1935, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3; vgl. auch Hess an Clodius, 10. September 1935, ebenda. Vgl. in diesem Zusammenhang die widersprüchlichen Überlegungen bei BAAR Die Jugoslawienpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus (S. 34), der einerseits diese Entwicklung ebenfalls betont und auf den in Anm. 45 zitierten Erlaß Hitlers vom März 1935 verweist, andererseits (S. 37–38) die „märchenhafte[n] Profite“ der „deutschen Monopole“, die im Jugoslawien-geschäft 37% höher als in Deutschland gewesen seien, herausstreicht.

⁴⁷ Vgl. z. B. Hess an Clodius, 29. August 1935, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3.

⁴⁸ Vgl. die Übersichten bei MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 319 ff.; außerdem die „Liste derjenigen Waren, deren Einfuhr aus Deutschland in erhöhtem Umfange in Betracht gezogen werden soll“, Anlage 1 zum Geheimen Protokoll über das Ergebnis der II. gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses vom 1. April 1936, in: AA, Verträge, Jugoslawien/4.

⁴⁹ Vgl. Aufzeichnung Neurath vom 9. März 1934, in: ADAP/C II, S. 562–563.

⁵⁰ In Artikel 4 der vertraulichen Vereinbarung über die Förderung des deutsch-jugoslawischen Warenaustausches vom 1. Mai 1934 ist das beiderseitige „Einverständnis“ darüber formuliert, „daß eine Aktivität der Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Jugoslawien dem natürlichen Warenaustauschver-

Der einleitend schon erwähnte Bilateralismus als Instrument der deutschen Handelspolitik wurde von führenden deutschen Politikern wegen der zahlreichen bürokratischen Schwierigkeiten zwar wiederholt als „scheußlich“ (Reichsbankpräsident Schacht bezeichnet⁵¹ und lediglich als „Notbehelf“ hingestellt⁵², doch wie Legationsrat Clodius (Auswärtiges Amt) vor dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag erläuterte, hatten die Clearingverträge „trotz allem den einen Vorteil für sich“, daß die deutschen Handelspartner „nicht mehr da kaufen können, wo es ihnen gerade paßt“. Die Clearingverträge wirkten vielmehr wie eine „Saugpumpe“, eine These, deren Richtigkeit durch die Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen eindrucksvoll bestätigt wird⁵³. So beschäftigen sich die im Handelsvertrag vereinbarten Regierungsausschüsse in ihren ersten beiden gemeinsamen Tagungen (20. Februar bis 1. März 1935 in München und 17. März bis 1. April 1936 in Zagreb) primär mit der Frage, durch welche Maßnahmen die deutschen Exporte nach Jugoslawien zu steigern seien, um auf diese Weise die Clearingspitze abzubauen⁵⁴.

Zur „Verhinderung einer völligen Verstopfung des Clearingverkehrs“, so stellten die Regierungsausschüsse im Anschluß an die Münchener Tagung fest, müsse die Clearingspitze „mit tunlichster Beschleunigung beseitigt“ und darüber hinaus Vorsorge getroffen werden, „daß die gegenseitigen Zahlungen in Zukunft ohne Stockungen erfolgen können“. Um einer weiteren „Verstopfung“ des Zahlungsverkehrs vorzubeugen, erklärte sich der jugoslawische Regierungsausschuß bereit, seiner Regierung vorzuschlagen, „künftig mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken“, die jugoslawischen Importe aus Deutschland auf die Höhe der deutschen Warenbezüge aus Jugoslawien (1935/1936 neben landwirtschaftlichen Produkten vor allem auch Kupfer) zu bringen, „keinesfalls aber unter der Höhe dieser Warenbezüge [zu] bleiben“. Schließlich sei es „im Sinne“ des Handelsvertrages vom 1. Mai 1934, wenn die „Beseitigung der zur Zeit im Zahlungsverkehr aufgetretenen Schwierigkeiten durch eine Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien“ erreicht und auf diese Weise die von „beiden Seiten angestrebte weitere Ausdehnung des Warenaustausches zwischen beiden Ländern“, wie es im Schlußprotokoll heißt, ermöglicht werde⁵⁵.

Die von der jugoslawischen Regierung zunächst ergriffenen Maßnahmen erwiesen sich als wirkungslos. Das gilt namentlich für die Neuregelungen des deutsch-jugoslawischen Zahlungsverkehrs vom November und Dezember 1935. Nachdem bereits durch eine Verordnung vom 15. November die jugoslawischen Importeure die Möglichkeit erhalten hatten, ab 25. November 1935 50% des Wertes der aus Deutschland importierten Ware durch Ankauf der durch jugoslawische Ausfuhren nach Deutschland entstandenen Forderungen zu begleichen, führte die Nationalbank ab 15. Januar 1936 das System der sogenannten Clearing-

hältnis zwischen den beiden Ländern entspricht“. Anlage zum Handelsvertrag vom 1. Mai 1934, in: AA, Verträge, Jugoslawien/4; vgl. auch AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 53.

⁵¹ Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über Außenhandelsfragen in Weimar vom 29. Oktober 1934, abgedruckt in: MEIER-BENNECKENSTEIN (Hrsg.) Dokumente der deutschen Politik Band 2, S. 227.

⁵² KARL RITTER Germany's Experience with Clearing Agreements, in: Foreign Affairs 14 (1935/36) S. 473, deutsches Manuskript in: AA, SW, Sonderakte betreffend „Clearing, Deutschland und internationaler Handel“ von Karl Ritter für Foreign Affairs, Hamilton Fish Armstrong, New York, 1 Band.

⁵³ Bericht über die Präsidialsitzung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages am 28. November 1935, in: AA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donauraum, Band 1.

⁵⁴ Protokolle der Münchener und Zagreber Tagungen in: AA, Verträge, Jugoslawien/4.

⁵⁵ Vertrauliches Protokoll der ersten gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses, ebenda.

schecks ein. Diese Clearingschecks lauteten jeweils über den Betrag, den der deutsche Importeur jugoslawischer Waren bei der Deutschen Verrechnungskasse zugunsten des jugoslawischen Exporteurs einzuzahlen hatte. Sie konnten von jugoslawischen Importeuren deutscher Produkte an der Börse gekauft und zur Befriedigung der Forderungen des deutschen Exporteurs benutzt werden. Obwohl die Clearingschecks im Februar 1936 bis zu 20% unter dem offiziellen Clearingkurs (dieses Disagio ist mit der Clearingspitze zu erklären) gehandelt wurden und damit eine über die in Deutschland bereits angewandten Exportförderungsmaßnahmen hinausgehende Verbilligung deutscher Exporte nach Jugoslawien bewirkten, brachte diese Neuregelung zumindest kurzfristig keine Entlastung der deutsch-jugoslawischen Zahlungsbilanzprobleme⁵⁶.

So war z. B. in der zweiten Märzhälfte 1936 die Clearingspitze bereits auf 30 Millionen Reichsmark angewachsen, während sich die deutschen Gegenforderungen nur auf 10 Millionen Reichsmark beliefen. Daher waren sich die Regierungsausschüsse auch in ihrer zweiten Sitzung darüber im klaren, daß es „im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Waren- und Zahlungsverkehrs unerlässlich“ sei, zugunsten Jugoslawiens den tatsächlichen Aktivsaldo in Höhe von 20 Millionen RM zu eliminieren und zugleich für einen Ausgleich der Zahlungen in der Zukunft zu sorgen⁵⁷.

Der jugoslawische Ausschuß verwies einmal auf den an die Firma Krupp bereits vergebenen Auftrag zum Bau eines Walzwerkes in Zenica im Wert von 8 Millionen RM und stellte weitere Staatsaufträge in der Größenordnung von 10 Millionen RM in Aussicht. Darüber hinaus sicherte die jugoslawische Seite zu, „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hin[z]uwirken“, daß eine „Umlagerung der Einfuhr zu Gunsten Deutschlands“ herbeigeführt werde⁵⁸. In diesem Zusammenhang kündigte der jugoslawische Regierungsausschuß eine prinzipielle Neuregelung der Einfuhr an. Diese am 3. April in Belgrad verkündeten Kontrollen der Einfuhr und des Zahlungsverkehrs gaben der jugoslawischen Regierung das entscheidende Instrument zur Umlagerung der Importe zugunsten Deutschlands in die Hand. In der Methodik hatte sich die jugoslawische Außenhandelspolitik damit dem deutschen System stark angenähert⁵⁹. Offensichtlich hat diese Einfuhrkontrolle, die in erster Linie die Passivität in der Handelsbilanz mit anderen Ländern abbauen sollte, in ihren Auswirkungen aber dem deutschen Export zugute kam, die deutsche wirtschaftliche Position in Jugoslawien entscheidend abgesichert. Das beweist etwa auch das Scheitern der jugoslawischen Bemühungen, durch die im September 1936 eingeführten Ausfuhrkontrollen eine stärkere wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen⁶⁰.

Im Jahre 1936 war die erste Etappe der im Mai 1934 eingeleiteten Intensivierung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen und des damit einhergehenden Ausbaus der deutschen Hegemonialstellung realisiert. Das spiegelt sich in der Handelsbilanz eindrucksvoll wider: Der deutsche Anteil an den jugoslawischen Einfuhren, der sich 1934 mit

⁵⁶ Vgl. hierzu Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie vom 24. Januar 1936, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3.

⁵⁷ Geheimes Protokoll über das Ergebnis der II. gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses, in: AA, Verträge, Jugoslawien/4, Zahlenangaben ebenda.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. hierzu die Übersicht des Staatssekretärs im Jugoslawischen Ministerium für Handel und Industrie, SAVA D. OBRADOVITSCH Zwischen Clearing und Devisen. Probleme der Handelspolitik Jugoslawiens. Leipzig 1939, S. 30–31; Hess an Clodius, 8. April 1936, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3.

⁶⁰ Vgl. OBRADOVITSCH Zwischen Clearing und Devisen S. 34 ff.; AA (Benzler) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 16. September 1936, in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

13,9% gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht hatte, stieg 1935 zunächst auf 16,2%, 1936 dann sprunghaft auf 26,7%. Der Anteil an den jugoslawischen Ausfuhren, der sich im Jahre 1933 auf 13,9% belaufen hatte, erhöhte sich in den folgenden drei Jahren auf 15,4% (1934), 18,6% (1935) und 23,7% (1936)⁶¹. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß Deutschland damit die dominierende handelspolitische Stellung Italiens brach, eine Entwicklung, die durch den Abessinienkonflikt fraglos begünstigt wurde, wie insbesondere AVRAMOVSKI herausgearbeitet hat⁶². Angesichts der auch gegenüber den anderen südosteuropäischen Staaten erfolgreichen wirtschaftlichen Durchdringung⁶³ konnte das Auswärtige Amt im August 1936 völlig zu Recht feststellen, daß die von der Reichsregierung „seit mehreren Jahren verfolgte Politik, die Stellung Deutschlands im Donaauraum durch die engere wirtschaftliche Verflechtung der Staaten des europäischen Südostens mit Deutschland zu stärken“, „nicht ohne Erfolg geblieben“ sei. Diese Entwicklung habe nicht nur der deutschen Wirtschaft für ihren Absatz und für ihre Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln „Vorteil gebracht“. Sie habe darüber hinaus in den betreffenden Staaten auch „die politische Annäherung gefördert“, zumindest jedoch, wie es das Auswärtige Amt formulierte, zum „Ausgleich bestehender Spannungen beigetragen“⁶⁴. Damit war zugleich ein wichtiges außenpolitisches Ziel der Reichsregierung zumindest partiell realisiert.

Im Anschluß an die Unterzeichnung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages vom Mai 1934 hatte es das Auswärtige Amt zunächst zwar als „politisch unerwünscht“ bezeichnet, wenn die „wirtschaftliche und die damit im Zusammenhang stehende politische Bedeutung“ des Handelsvertrages im Ausland „besonders aufgebauscht und zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht würde“⁶⁵, doch war angesichts der spektakulären handelspolitischen Erfolge Deutschlands eine solche Diskussion selbstverständlich nicht lange zu verhindern⁶⁶. Schließlich hielt es das Auswärtige Amt Anfang 1936 sogar für „notwendig“, den deutschen Standpunkt in der Frage des Donaauraumes und der Donauprä-

⁶¹ Zahlenangaben nach MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 317.

⁶² ŽIVKO AVRAMOVSKI Balkanske zemlje i velike sile 1935–1937. Od italijanske agresije na Etiopiju do jugoslovensko-italijanskog pakta. Beograd 1968, besonders S. 97 ff.

⁶³ Vgl. hierzu etwa LEONHARD OBERASCHER Deutsche Handelserfolge in Südosteuropa, in: Wirtschaftsdienst 23 (1938) S. 290–292.

⁶⁴ AA (Neurath) an Deutsche Botschaft Rom, 31. August 1936, in: AA, Handakten VLR Benzler, Donaauraum, Band 1 (engl. Übers. in: DGFP/C Band V, London 1966, S. 936 ff.). Zur Einschätzung der politischen Bedeutung der mit dem deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag vom Mai 1934 inaugurierten Politik Berlins vgl. auch Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ulrich) vom 18. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 34–35; J. B. HOPTNER Yugoslavia in Crisis 1934–1941. New York, London 1962, S. 102 ff. (= East Central European Studies of Columbia University); MÁRIA ORMOS Franciaország és a Keleti Biztonság 1931–1936. Budapest 1969, S. 443.

⁶⁵ AA (Ulrich) an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 53. Das Propagandaministerium wies die Presse an, den Vertrag „gerade wegen seiner enormen Wichtigkeit für die deutsche Handelspolitik in der deutschen Öffentlichkeit ohne großes Aufsehen“ zu behandeln. Informationsbericht Dertinger vom 5. Mai 1934, in: BA, ZSg 101/27. Es ist daher problematisch, wenn MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 65 die „starke propagandistische Auswertung“ des Handelsvertrages in der Presse betont.

⁶⁶ Zur englischen Reaktion vgl. vor allem BERND JURGEN WENDT Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939. Düsseldorf 1971, S. 402 ff. (= Studien zur modernen Geschichte Band 3); ausführlicher DERS. England und der deutsche „Drang nach Südosten“. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: IMANUEL GEISS, BERND JURGEN WENDT (Hrsg.) Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag. Düsseldorf 1973, S. 483–512; außerdem OZER CARMi La Grande-Bretagne et la Petite Entente. Genève 1972, besonders S. 303 ff. (= Travaux d'histoire éthico-politique Band 24).

ferenzen „fortgesetzt publizistisch“ zu vertreten⁶⁷. Anlaß waren die in Paris, Prag und Wien erneut ventilerten Pläne zur Sanierung des Donaauraums⁶⁸. Die Wilhelmstraße begrüßte in einem anonym veröffentlichten Zeitungsartikel zwar grundsätzlich eine Sanierung des Donaauraums, weil sie eine „wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesamterholung Europas“ sei, fügte aber sogleich hinzu, „daß eine Lösung ohne Deutschland gleichzeitig eine Lösung gegen Deutschland ist“⁶⁹. Den Donaustaaten, hieß es an anderer Stelle, könne nur durch „die Öffnung der Ventile nach den großen landwirtschaftlichen – zudem geographisch im gleichen Raume liegenden – Zuschußgebieten Europas geholfen werden, nicht aber dadurch, daß man diese Ventile gewaltsam schließen“ wolle⁷⁰. Ähnlich vertrat auch Staatssekretär Posse aus dem Reichswirtschaftsministerium in der Zeitschrift „Deutscher Außenhandel“ die Auffassung, daß Deutschland angesichts der „besonders engen Wirtschaftsverflechtung mit dem Südosten . . . niemals Plänen zustimmen“ könne, die auf eine „Verdrängung des deutschen Handels von dem Südosten hinauslaufen“⁷¹.

Die deutsche publizistische Argumentation war darauf abgestellt, jeder „politischen Zweckkonzeption“⁷² entschieden zu begegnen und wirtschaftliche Fragen ganz in den Vordergrund der Diskussion zu rücken. Besonders deutlich zeigt das auch ein im Februar 1936 im „Deutschen Volkswirt“ vom Auswärtigen Amt anonym publizierter Artikel. Unter dem Titel „Wirtschaft und Politik im Donaauraum“ wurden die seit Jahren vergeblich unternommenen Versuche zur wirtschaftlichen Sanierung des Donaauraums dann auch vorwiegend damit erklärt, daß sowohl die Donaustaaten als auch die interessierten Großmächte „vielfach nicht rein wirtschaftliche Lösungen gesucht, sondern politische Ziele der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit untergeordnet“ hätten. Letztlich könnten aber nur solche wirtschaftspolitischen Kombinationen im Donaauraum Erfolg versprechen, die den „wirtschaftlichen Aufstieg“ der beteiligten Staaten herbeiführen und sich „ohne politische Zielsetzung“ lediglich an den „tatsächlichen Verhältnissen“ orientierten, die sich aus der Statistik „einwandfrei ergeben“. Im Hinblick auf die Tatsache, daß der deutsche Anteil am Außenhandel der Donauländer „weitaus der bedeutendste“ sei, würde es „jeder wirtschaftlichen Vernunft Hohn sprechen“, die ökonomischen Probleme des Donaauraums lösen zu wollen, ohne die Beteiligung Deutschlands als des „wichtigsten Kunden und Lieferanten“ dieser Region „von vornherein ins Auge zu fassen“⁷³.

Mit ähnlichen Argumenten wurde auch die deutsche diplomatische Offensive des Jahres 1936 geführt, die sich vor allem gegen österreichisch-tschechische Präferenzpläne und ganz besonders gegen die von Paris inaugurierten Versuche richtete, die Kleine Entente politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. In einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes wurden die

⁶⁷ Benzler an Aschmann (Presseabteilung), 19. März 1936, in: AA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donaauraum, Band 1.

⁶⁸ Vgl. hierzu Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Bülow) vom 6. Februar 1936, in: AA, Pol. Abt. II, Politik 4/Balkan, Balkanpolitik im allgemeinen, Band 9 (engl. Übers. in: DGFP/C Band IV, London 1962, S. 1096 ff.); AA (Bülow) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 13. Februar 1936, in: AA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donaauraum, Band 1 (engl. Übers. in: DGFP/C IV, S. 1130–1131); AA (Bülow) an Deutsche Gesandtschaft Budapest, 13. Februar 1936, ebenda (engl. Übers. in: DGFP/C IV, S. 1132–1133); Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ulrich) vom 26. März 1936, ebenda.

⁶⁹ Berliner Börsen-Zeitung (Morgenausgabe), 24. März 1936 (Die Sanierung des Donaauraums. Von unserem diplomatischen Korrespondenten).

⁷⁰ Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz, 4. Februar 1936.

⁷¹ H. E. POSSE Deutschland und der Südosten Europas, in: Deutscher Außenhandel 36 (1936) S. 91.

⁷² Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz, 4. Februar 1936.

⁷³ Wirtschaft und Politik im Donaauraum, in: Der Deutsche Volkswirt 10 (1935/36) S. 849–851, Zitate S. 849–850, Hervorhebung im Original.

deutschen Missionen in den Donaustaaten angewiesen, das in dem erwähnten Aufsatz „Wirtschaft und Politik im Donaauraum“ enthaltene statistische Material heranzuziehen, da es „seine Wirkung insbesondere auf die verantwortlichen Männer der beteiligten Staaten des Südostens nicht verfehlen“ würde⁶⁴. Die Richtigkeit dieser Annahme, daß nämlich der deutsche Einfuhrbedarf an landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen nicht nur als wirtschaftspolitisches Druckmittel, sondern darüber hinaus auch als Instrument der Außenpolitik einzusetzen war – Anfang 1933 hatte Neurath die Handelspolitik als eine der wenigen „Aktiva“ der deutschen Außenpolitik überhaupt bezeichnet⁶⁵ –, läßt sich am Beispiel Jugoslawiens schon für die Zeit bis 1936 nachweisen.

So hatte Legationsrat Clodius (Auswärtiges Amt) bereits während der ersten gemeinsamen Sitzung der Regierungsausschüsse den Eindruck gewonnen, daß die für Belgrad günstigen Auswirkungen des Handelsvertrages „wenigstens bei den mit den Wirtschaftsfragen befaßten jugoslawischen Persönlichkeiten das Gefühl für die Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland wesentlich gestärkt“ hätten⁶⁶. Im November 1935 erkannte Ministerpräsident Stojadinović die vermehrten deutschen Importe jugoslawischer Erzeugnisse „dankbar an“ und erklärte bei dieser Gelegenheit dem deutschen Gesandten, Heeren, daß auch bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen an Deutschland „keinerlei politische Hemmung“ bestehe⁶⁷. Noch deutlicher erklärte sich die Regierung in Belgrad, als sie Anfang 1936 von Berlin unverhüllt unter ökonomischen Druck gesetzt wurde.

Mit Argwohn hatte die Reichsregierung die für Ende Februar 1936 angekündigte Wirtschaftskonferenz der Kleinen Entente in Prag und Meldungen über den beabsichtigten Versuch verfolgt, zwischen Österreich, Ungarn, Italien und Bulgarien einerseits und den Staaten der Kleinen Entente andererseits einen „politischen Ausgleich“ durch einen „engen wirtschaftlichen Zusammenschluß“ zu inaugurierten. Das Auswärtige Amt hielt es in diesem Zusammenhang für „selbstverständlich“, daß Deutschland auch an die Wahrung seiner eigenen Interessen denken müsse. Daher würde die Reichsregierung keiner Lösung zustimmen, die zustande komme, ohne daß Deutschland „von Beginn an“ in die Verhandlungen eingeschaltet sei. Der deutsche Gesandte in Belgrad wurde angewiesen, Stojadinović keinesfalls im Zweifel darüber zu lassen, daß Berlin „im Falle seiner Ausschaltung“ bei der weiteren Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den beteiligten Donaustaaten „Konsequenzen ziehen würde“⁶⁸. Diese Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht: Die deutsche Gesandtschaft berichtete kurz darauf von „erneuter Versicherung“ des Ministerpräsidenten, „nichts tun zu wollen, was Deutschland mißfalle“. Das Bestreben seiner Regierung ginge vielmehr „konsequent dahin“, die Wirtschaftsbeziehungen mit Berlin „zu vertiefen“⁶⁹. Im Oktober 1936 nahm Ministerpräsident Stojadinović den Abschluß der dritten gemeinsamen Tagung der Regierungsausschüsse zum Anlaß, unter Hinweis auf den gestiegenen Warenaustausch zwischen Deutschland und Jugoslawien auch öffentlich zu erklären, daß Belgrad gegenüber der weiteren Wirtschaftsentwicklung sich nicht „gleichgültig“ verhalten könne; das gelte um so mehr, weil in den Exporten nach Deutschland die land- und viehwirtschaftli-

⁶⁴ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Clodius) vom 6. Februar 1936, in: AA, Handakten Clodius, Donaauraum, Band 1 (engl. Übers. in: DGFP/C IV, S. 1100–1101).

⁶⁵ Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in: ADAP/C I, S. 256, vgl. auch S. 258.

⁶⁶ Aufzeichnung Clodius, 6. März 1935, in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

⁶⁷ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Heeren) an AA, 25. November 1934, ebenda.

⁶⁸ AA (Bülow) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 13. Februar 1936, in: AA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donaauraum, Band 1.

⁶⁹ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Janson) an AA, 15. Februar 1936, ebenda.

chen Erzeugnisse die „Hauptrolle“ spielten und weil sich die jugoslawische Ausfuhr unter Bedingungen vollziehe, die „noch immer günstigste Preise“ gewährleisten⁸⁰. Ähnlich kennzeichnend für die starke Stellung Deutschlands in Jugoslawien ist es, daß Pilja (inzwischen Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Belgrader Außenministerium) im September 1936 gegenüber Hess die Bedeutung der jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen mit den anderen Staaten der Kleinen Entente „bagatellierte“⁸¹ und sich wenige Wochen später gegenüber Ministerialdirektor Sarnow (Reichswirtschaftsministerium) für einen Artikel in der „Politika“, der sich kritisch mit den deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen befaßte⁸², entschuldigte. Zu den Bemühungen einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente erklärte Pilja, daß Deutschland dies „mit größter Ruhe ansehen“ könne. Die Kleine Entente sei ein politisches Bündnis, das der „Abwehr von Revisionsgelüsten auf dem Balkan“ dienen solle. Es sei „nur allzu natürlich“, daß man sich „ständig bemühe, auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen solchen politischen Freunden auszugestalten, soweit das irgend möglich sei“. Die Kontakte Belgrads mit Prag spielte Pilja mit dem Hinweis herunter, daß die Tschechoslowakei weder in der Lage sei, die Exportüberschüsse Jugoslawiens und Rumäniens aufzunehmen, noch den Industriebedarf ihrer beiden Vertragspartner decken könne. Daher seien die Versuche, „aus der Kleinen Entente einen Wirtschaftsblock zu machen“, „zu völliger Harmlosigkeit“ verurteilt⁸³.

Fraglos implizierten die ökonomischen Bindungen Belgrads an Berlin insofern eine Schwächung der französischen Sicherheitspolitik, als die deutsche Diplomatie mittels informeller ökonomischer Einflußnahme die von Paris unternommenen Versuche einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Kleinen Entente – in Berlin als „ein Fundament französischer Macht“ charakterisiert⁸⁴ – abblocken konnte. Unter dem Eindruck dieser politischen Implikationen des sich ausweitenden Warenaustausches konnte Clodius Anfang 1938 dann auch mit Zufriedenheit feststellen, daß die „Erkenntnis dieser steigenden wirtschaftlichen Verbundenheit“ Jugoslawiens mit Deutschland auch dazu beigetragen habe, „die seit Jahren sich vorbereitende politische Abkehr Jugoslawiens von den gegen Deutschland gerichteten politischen Kombinationen im Donaauraum zu erleichtern und zu beschleunigen“^{84a}.

Überhaupt ist der rückläufige ökonomische und damit auch politische Einfluß dritter Mächte in Südosteuropa, der sich für die französische Politik vor allem in der hier erwähnten Schwächung der Kleinen Entente niederschlug, ein wichtiger Indikator für den Erfolg

⁸⁰ Erklärung vom 24. Oktober 1936, zitiert nach „Berliner Tageblatt“, Abendausgabe vom 27. Oktober 1936, 1. Beiblatt (Handel Deutschland–Jugoslawien).

⁸¹ Vgl. Aufzeichnung Hess, 29. September 1936: „Herr Pilja bagatellierte die Dinge mir gegenüber völlig und sprach mir gegenüber sehr ironisch über die Pläne von Preßburg. . . ‚Aber‘, fügte er hinzu, ‚Sie müssen uns schon das Vergnügen lassen, uns über diese Dinge zu unterhalten.‘ Deutschland brauche durch diese Besprechungen, soweit es Jugoslawien angehe, in keiner Weise beunruhigt zu sein.“ Anlage zu: Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Janson) an AA, 30. September 1936, in: AA, SW, Handel 13/Jugoslawien, Handelsvertragsverhältnis zu Deutschland, Band 1.

⁸² Politika vom 9. Oktober 1936, Auszug in: AA Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

⁸³ Aufzeichnung Sarnow, 12. Oktober 1936, Anlage zu Sarnow an Ritter, 12. Oktober 1936, ebenda (engl. Übers. in: DGFP/C V, S. 1070 ff.).

⁸⁴ So Clodius in dem zitierten Referat vor dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (siehe Anm. 53).

^{84a} Aufzeichnung Clodius über die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen für etwaige Besprechungen mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister Stojadinowitsch, 7. Januar 1938, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Band V. Baden-Baden 1953 (zitiert ADAP/D V), S. 185.

nationalsozialistischer Hegemonialpolitik mittels ökonomischer Durchdringung. Während England, Frankreich und Italien im Jahre 1933 zusammen zu etwa 30% an den jugoslawischen Einfuhren beteiligt waren, mehr als dem Doppelten des deutschen Anteils (13%), hatte sich dieses Bild im Jahre 1936 radikal verändert: jetzt nahmen England, Frankreich und Italien gemeinsam zu 13% an den jugoslawischen Importen teil, das war nur noch die Hälfte des deutschen Prozentsatzes (27%). Bei den Anteilen an den jugoslawischen Exporten ist die Umkehrung des Verhältnisses allerdings nicht ganz so kraß: im Jahre 1933 gingen 26% der jugoslawischen Ausfuhr nach England, Frankreich und Italien, 14% nach Deutschland, im Jahre 1936 nahmen England, Frankreich und Italien nur noch 15% des jugoslawischen Exports auf, der jetzt zu 24% nach Deutschland ging⁸⁵. Bemerkenswert ist insbesondere der schnelle Terrainverlust Italiens, das 15 Jahre lang auf dem jugoslawischen Markt den 1. Platz innehatte, diesen aber 1935 an Deutschland abgeben mußte. Die deutsch-italienische Rivalität im Donauraum und insbesondere in Jugoslawien ist für die erste Hälfte der dreißiger Jahre bisher nicht hinreichend untersucht worden⁸⁶.

Die wirtschaftlichen und politischen Implikationen dieser deutschen handelspolitischen Erfolge in Jugoslawien hat ein amerikanischer Diplomat im April 1936 prägnant zusammengefaßt: „The predominant commercial position which Germany is fast obtaining in Yugoslavia is causing considerable concern to Yugoslavia's Little Entente allies, as well as to France and England, whose Legations have shown a marked interest in these recent developments. The fact that it is considered by many to point to the future trend of political relations between the two countries cannot be lost sight of.“⁸⁷

Die bereits 1936 mittels ökonomischer Durchdringung etablierte Hegemonialstellung Deutschlands in Jugoslawien hat Berlin in den folgenden Jahren systematisch ausgebaut: Der ersten Phase bis 1936 folgte eine zweite, die sich im Gegensatz zum vorangegangenen Zeitraum im Rahmen einer deutsch-österreichischen und deutsch-italienischen Verständigung vollzog⁸⁸. Eine weitere qualitative Veränderung der deutschen Südostpolitik seit 1936 bilden die deutschen Rüstungslieferungen als Mittel auch der politischen Einflußnahme⁸⁹. Die territoriale Expansion des Dritten Reiches seit dem Anschluß Österreichs leitete dann eine dritte Phase der nationalsozialistischen Südostpolitik ein, die ganz im Zeichen der deutschen Rüstungswirtschaft stand und in deren Verlauf Jugoslawien immer stärker auch in

⁸⁵ Zahlenangaben nach MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 324.

⁸⁶ Vgl. AVRAMOVSKI Balkanske zemlje i velike sile, für die Jahre 1935–1937; wichtige Ansätze außerdem bei JENS PETERSEN Hitler–Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom, 1933–1936. Tübingen 1973, besonders S. 207 ff. (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom Band 43); vgl. auch ANDREJ MITROVIĆ Nemačka i italijanske teznje za „Novim poretkom“ i jugoistočna Europa, in: Istorijski glasnik (1971) H. 2, S. 47–86; DERS. „Novi poredak“ i Jugoistočna Europa (Nemačka i Italija prema Jugoistoku Europe pocetkom drugog svetskog rata), in: Ustanak u Jugoslaviji 1941 godine i Europa. Beograd 1973, S. 185–207. Eine ausführliche Analyse der Schwächung des wirtschaftlichen Einflusses Italiens in Südosteuropa wird insbesondere auch die italienische Wirtschaftsstruktur und die von der Berliner Politik immerhin partiell unterstützten Industrialisierungstendenzen in ihren Auswirkungen auf die italienischen Exportmöglichkeiten zu berücksichtigen haben. Vgl. hierzu die Hinweise bei JOACHIM KÜHL Förderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa. München 1958, S. 89 ff. (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas Band 2).

⁸⁷ Amerikanische Gesandtschaft Belgrad (Wilson) an State Department, 17. April 1936, in: U.S. National Archives, Record Group 59, State Department File 660H.6231/61 (zitiert NA, RG 59 und File-Nr.).

⁸⁸ Vgl. Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ritter) vom 30. April 1937, in: AA, Handakten Clodius, Donauraum, Band 1.

⁸⁹ In Jugoslawien waren diese Bemühungen allerdings erst Anfang 1939 erfolgreich; vgl. hierzu ADAP/D V, S. 322 ff.

den unmittelbaren politischen Sog Deutschlands geriet⁹⁰. Der Anschluß Österreichs stellt auch deshalb eine Zäsur dar, weil damit – wie DIMITRIJEVIĆ zu Recht festgestellt hat – eine „große Offensive des deutschen Kapitals gegen Jugoslawien begann“⁹¹. In diesem Zusammenhang ist ausdrücklich zu betonen, daß sich die deutsche wirtschaftliche Durchdringung Jugoslawiens zunächst ohne massiven Kapitaleinsatz vollzogen hatte. Insofern ist es problematisch, wenn Dimitrijević die ökonomischen Einflüsse fremder Mächte pauschal den Interessen des jeweiligen „Finanzkapitals“ zuordnet und damit dem im Verlauf der Weltwirtschaftskrise wachsenden Gewicht handelspolitischer Fragen nicht gerecht wird. Selbst nach dem Anschluß Österreichs blieb die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes das entscheidende Vehikel der deutschen Wirtschaftsexpansion in Jugoslawien.

Die handelspolitischen Konsequenzen der nationalsozialistischen territorialen Expansion vor dem Kriegsausbruch schlugen sich in der Handelsstatistik deutlich nieder: bereits im Jahre 1938 war Deutschland mit 40% bis 50% an den jugoslawischen Im- und Exporten beteiligt, während der jugoslawische Anteil an den deutschen Ein- und Ausfuhren sich lediglich um 3% bewegte⁹². Bereits diese Zahlen vermitteln eindrucksvoll das Ungleichgewicht der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen. Während Jugoslawien an den deutschen Gesamteinfuhren prozentual nur sehr gering beteiligt war, hatte Deutschland auf dem jugoslawischen Markt für einige Produkte wie Elektrogeräte, Stahlprodukte und Spezialmaschinen praktisch eine Monopolstellung erlangt⁹³.

Die politischen Implikationen der nach 1936 ständig intensivierten Wirtschaftsexpansion wurden von deutscher Seite auch in den späten dreißiger Jahren allerdings nicht lautstark gefeiert. Intern war man sich darüber im klaren, daß Jugoslawien bei dem „seit 1933 verfolgten Bestreben“ der Reichsregierung, „die wirtschaftlichen und damit auch die politischen Beziehungen“ zu den südosteuropäischen Ländern „planmäßig zu entwickeln“, „eine besondere Rolle“ spiele. Diese politische Komponente wurde in der publizistischen und diplomatischen Argumentation weiterhin nach Möglichkeit ausgeklammert⁹⁴. So erklärte Hitler gegenüber Stojadinović bei dessen Besuch in Berlin (Januar 1938), Deutschland habe „nur wirtschaftliche Interessen im Balkan, politische Interessen nur insoweit als es an politischer Konsolidierung des Balkans aus wirtschaftlichen Gründen interessiert sei“, Deutschland wolle „nichts als offene Türen“ für seine Wirtschaft⁹⁵.

⁹⁰ Es charakterisiert die Situation, wenn Stojadinović nach dem Anschluß Österreichs gegenüber dem deutschen Gesandten, Heeren, der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß Berlin „mit Haltung jugoslawischer Presse zufrieden gewesen“ sei. Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Heeren) an AA, 17. März 1938, ebenda S. 219.

⁹¹ SERGIJE DIMITRIJEVIĆ Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem Zweiten Weltkrieg. Berlin 1963, S. 270. Vgl. zum Auslandskapital auch BOŽIDAR JURKOVIĆ Das ausländische Kapital in Jugoslawien. Stuttgart 1941; WENDT England und der deutsche „Drang nach Südosten“, mit weiteren Literaturangaben.

⁹² Die verschiedenen statistischen Angaben weichen wegen der unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen stark voneinander ab. Vgl. die bei REICHERT Das Scheitern der Kleinen Entente S. 160 abgedruckten Auszüge aus der jugoslawischen Statistik; zur deutschen Statistik die Angaben in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 12 (1939) S. 87, sowie die Angaben bei MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 317.

⁹³ Vgl. z. B. Amerikanische Gesandtschaft Belgrad (Lane) an State Department, 1. Mai 1939, in: NA, RG 59, 660H.6231/100: „In certain types of machinery, electrical goods, iron products, et cetera, Germany has what practically amounts to a monopoly.“

⁹⁴ Aufzeichnung Clodius über die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen für etwaige Besprechungen mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister Stojadinowitsch, 7. Januar 1938, in: ADAP/D V, S. 183.

⁹⁵ Aufzeichnung Heeren über die gelegentlich des Empfanges des jugoslawischen Ministerpräsidenten-

Hier soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, als habe es sich bei der bilateralen Verrechnungs- und Präferenzpolitik gegenüber Jugoslawien um einen handelspolitischen Mechanismus gehandelt, der – einmal in Gang gesetzt – automatisch eine Ausweitung des Warenverkehrs nach sich gezogen habe. Bereits die Schlußprotokolle der gemeinsamen Sitzungen der Regierungsausschüsse vermitteln den Eindruck, daß in Detailfragen oft erst nach langen Verhandlungen eine Einigung möglich war. In einer deutschen Aufzeichnung ist sogar von „langwierigen und hartnäckigen Kämpfen“ die Rede⁹⁶. Daß die deutsche Politik auch diplomatische Offensiven für erforderlich hielt, geht am deutlichsten aus den Balkanreisen von Reichsbankpräsident Schacht (Juni 1936), Außenminister von Neurath (Juni 1937) und Wirtschaftsminister Funk (Oktober 1938) hervor. Außerdem gab es auf der deutschen Seite gerade in den ersten Jahren zwischen staatlicher Politik und privatwirtschaftlichem Kalkül erhebliche Interessendivergenzen, die einer noch schnelleren Intensivierung der deutschen Exporte zunächst entgegenstanden. Die hier bedeutsame „Exportmüdigkeit“ der deutschen Industrie wurde bereits erwähnt. Demgegenüber konnte sich die Konkurrenz deutscher Firmen untereinander, wie etwa Krupps und der Gutehoffnungshütte im Falle des ausgeschriebenen Walzwerkes in Zenica, auf die deutschen Wirtschaftsinteressen insgesamt negativ auswirken⁹⁷. Hinzu kamen interne Auseinandersetzungen zwischen den Ressorts. So stellte das Reichsernährungsministerium das gegenüber Jugoslawien und Ungarn angewandte Präferenzsystem aus preispolitischen Gründen im September 1935 zur Diskussion⁹⁸. Mit dem Argument, daß sich an den „bekannten besonderen politischen Verhältnissen im Donauraum und den von der deutschen Außenpolitik dort verfolgten Zielen“ nichts geändert habe, konnte das Auswärtige Amt allerdings ein Abgehen von dem System der geheimen Rückvergütung verhindern⁹⁹. Später versuchte das Reichsernährungsministerium, seinen Anteil an den Importen aus Jugoslawien zu vergrößern, und setzte sich damit in Widerspruch zu den Interessen anderer Ressorts (Reichswirtschaftsministerium und Reichsforstamt)¹⁰⁰.

Mit dem wachsenden Gewicht rüstungspolitischer Erwägungen bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien und dem zunehmenden Einfluß Görings in Fragen der Außenwirtschaft kam es dann in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bei der Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Interessen zu Kompetenzstreitigkeiten und -überschneidungen zwischen deutschen Stellen. In den Akten des Auswärtigen Amtes haben sich vor allem die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Generalkonsul Neuhausen von der Vierjahresplanbehörde (Neuhausen gehörte zugleich der Auslandsorganisation der NSDAP an) und den Vertretern des Auswärtigen Amtes niedergeschlagen¹⁰¹. Daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelte, läßt ein Bericht im vertraulichen „Auslandsdienst“ der Reichsregierung erkennen, in dem Ende 1936 die „große Vielgleisigkeit in der Vertretung deutscher

ten und Außenministers Dr. Stojadinowitsch beim Führer und Reichskanzler am 17. Januar 1938 geführten Gespräche, 17. Januar 1938, ebenda S. 188, 190.

⁹⁶ Aufzeichnung Sarnow über die deutsch-jugoslawischen Regierungsausschußverhandlungen in Dubrovnik, 4. Oktober 1937, in: AA, Ha Pol IVa, Handel 13/Jugoslawien, Band 1.

⁹⁷ Vgl. Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Heeren) an AA, 10. März 1936, in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

⁹⁸ Vgl. Reichs- und Preußisches Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft an Auswärtiges Amt, 28. September 1935, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3.

⁹⁹ Aufzeichnung AA (Clodius), 5. Oktober 1935, ebenda.

¹⁰⁰ Vgl. Aufzeichnung Moraht, 30. August 1939, ebenda Band 4.

¹⁰¹ Zahlreiches Material hierzu in: AA, Ha Pol IVa, Handel 13a/Jugoslawien, Band 1, und AA, Deutsche Gesandtschaft Belgrad, Wirtschaftliches geheim, Band 2; von dem gedruckten Material vgl. insbesondere Weizsäcker an Heeren, 22. Februar 1939, in: ADAP/D V, S. 332–333.

Interessen“ in Jugoslawien kritisiert wurde. Diese „unleugbare Vielgleisigkeit in der Vertretung deutscher Außenpolitik und deutscher Wirtschaft“ habe bei verschiedenen jugoslawischen Politikern, Wirtschaftlern und Journalisten den Eindruck erweckt, „daß hier in Deutschland noch starke Gegensätze“ vorhanden seien, und erschwere den jugoslawischen Politikern eine „aktive prodeutsche Stellungnahme“. So könne es der französischen, italienischen, englischen und tschechoslowakischen Konkurrenz erleichtert werden, „ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen auszubauen und zu festigen“ und damit den „deutschen Einfluß“ zurückzudrängen¹⁰².

Trotz der erwähnten neuen Elemente in der deutschen Jugoslawienpolitik seit 1936 und der hier nur gestreiften institutionellen Rivalitäten bei ihrer Verwirklichung behauptete die Reichsregierung auch nach 1936 ihre wirtschaftlichen Interessen, und zwar im Prinzip mit denselben Methoden wie schon in den ersten beiden Jahren nach Abschluß des Handelsvertrages: durch die Gewährung von Präferenzen und festen Abnahmegarantien zu Preisen über Weltmarktniveau und durch den Einsatz der Touristenfrage sowie einer dilatorischen Behandlung beim Ankauf jugoslawischer Agrarprodukte als Druckmittel. Als *ultima ratio* konnte immer mit einem partiellen oder völligen Einfuhrstopp für einzelne Produkte oder mit der „Überprüfung“ der gesamten Wirtschaftsbeziehungen gedroht werden¹⁰³. Da Berlin mit den südosteuropäischen Staaten jeweils nur in bilaterale Verhandlungen eintrat, war es überdies möglich, diese Verhandlungspartner gegeneinander auszuspielen. Diese von Broszat am Beispiel Rumäniens und Ungarns für die Zeit nach 1938 analysierte Technik nationalsozialistischer Hegemonialpolitik in Südosteuropa läßt sich bereits für die ersten Jahre nach der Machtergreifung für die deutsch-ungarischen und deutsch-jugoslawischen Beziehungen verdeutlichen¹⁰⁴. Vor allem die bilaterale Verhandlungsmethode wurde von deutscher Seite wiederholt als Grundlage deutscher Südosteuropapolitik definiert. Es habe sich gezeigt, resümierte das Auswärtige Amt im Februar 1936, daß die deutsche Methode, „mit jedem Lande im Donauraum einzeln zu verhandeln und Verträge abzuschließen, politisch weniger Aufsehen erregt und jedenfalls bisher praktisch sehr viel wirksamer ist, als die von anderer Seite wiederholt unternommenen Versuche . . . ein Kollektiv-System zustande zu bringen“¹⁰⁵. Ein Jahr später bekundete Berlin gegenüber den Auslandsmissionen die deutsche Entschlossenheit, die bisher erfolgreiche Politik der bilateralen Verträge fortzusetzen. Je mehr es gelinge, „jedes der Südostländer einzeln wirtschaftlich an uns zu fesseln“, um so schwerer werde es „selbst im Falle einer Wandlung der jetzigen politischen Konstellation“ möglich sein, im Donauraum „eine gegen Deutschland gerichtete wirtschaftliche Kombination zusammen zu bringen“¹⁰⁶.

Auch in der historischen Analyse wird man zu dem Schluß gelangen müssen, daß der bilaterale Verrechnungsverkehr mit Jugoslawien ungeachtet aller Schwierigkeiten in Einzelfragen für das nationalsozialistische Deutschland erfolgreich war, vor allem weil Belgrad auf

¹⁰² Auslandsdienst vom 22. Dezember 1936, Anlage zu Spitta an Ritter, 11. Januar 1937, in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

¹⁰³ Vgl. hierzu etwa Hess an Clodius, 10. September 1935, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 3; Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Heeren) an AA, 23. November 1935, in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3; Aktenvermerk Ritter, 3. Februar 1936, ebenda; AA (Bülow) an Deutsche Gesandtschaft Budapest, 13. Februar 1936, in: AA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donauraum, Band 1.

¹⁰⁴ Vgl. Broszat Deutschland–Ungarn–Rumänien S. 45. ff.

¹⁰⁵ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Clodius) vom 6. Februar 1936, in: AA, Handakten Clodius, Donauraum, Band 1.

¹⁰⁶ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ritter) vom 30. April 1937, ebenda.

den deutschen Markt angewiesen blieb. Damit stellt sich die prinzipielle Frage, ob es für die Belgrader Politik in den Jahren 1933–1939 eine Alternative zur engen ökonomischen Kooperation mit Deutschland überhaupt gegeben hat. WENDT hat hierzu jüngst bedauernd festgestellt, daß man in London und Paris „nichts getan“ habe, um der deutschen Südostpolitik durch „neue Kapitalhilfen und feste Absatzgarantien aktiv entgegenzuwirken“¹⁰⁷. Das Fehlen einer solchen aktiven Gegenpolitik erklärt er für die britische Diplomatie in erster Linie mit politischer und ökonomischer Rücksichtnahme auf die „hegemonialen Ambitionen des Dritten Reiches“¹⁰⁸. Diese von ihm an anderer Stelle ausführlicher entwickelte Konzeption eines „economic appeasement“ hat eine konsequente Gegenpolitik im britischen Kalkül weitgehend ausgeschlossen¹⁰⁹, doch ist damit die Frage nach der prinzipiellen ökonomischen Alternative für die Belgrader Politik noch nicht hinreichend beantwortet. Hier wird man die potentielle Wirkung etwaiger neuer Kapitalinvestitionen der Westmächte allerdings überaus vorsichtig beurteilen müssen, denn das Hauptproblem bildete für Jugoslawien wie für die anderen Agrarstaaten Südosteuropas während der Weltwirtschaftskrise nicht der Kapitalmangel, sondern die landwirtschaftliche Überproduktion bzw. das Absatzproblem. Der Ausbau der deutschen Hegemonialstellung vollzog sich daher auch ohne einen größeren Kapitaleinsatz, der in den zwanziger Jahren das Charakteristikum vor allem der französischen wirtschaftlichen und politischen Einflußnahme bildete¹¹⁰.

Die nationalsozialistische Politik erwies sich deshalb als überlegen, weil Deutschland im Verlauf der „Großen Depression“ aufgrund seiner konjunkturellen Sonderentwicklung seit 1933/1934 ein aufnahmefähiger Markt für landwirtschaftliche Produkte war, während England, Frankreich und die Vereinigten Staaten wegen ihrer Wirtschaftsstruktur und binnenwirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in der Lage waren, die südosteuropäischen Agrarprodukte aufzunehmen bzw. ihrerseits bestrebt waren, den deutschen Markt für die eigenen Agrarprodukte offenzuhalten (vor allem die USA) oder aus außenwirtschaftlichen und politischen Gründen dem Warenaustausch mit anderen Ländern die Priorität einräumen (Empire)¹¹¹. Es charakterisiert den Absatzdruck, dem Jugoslawien ausgesetzt war, wenn Belgrad selbst 1936 – in dem Jahr eines relativ günstigen weltwirtschaftlichen Konjunkturverlaufs und der krisenhaften Zuspitzung der deutschen außenwirtschaftlichen Lage – den deutschen Regierungsausschuß um eine Erhöhung deutscher Importe aus Jugoslawien ersuchen mußte¹¹². Eine Alternative zur Anlehnung an die deutsche Wirtschaft hat es daher

¹⁰⁷ WENDT England und der deutsche „Drang nach Südosten“ S. 502.

¹⁰⁸ Ebenda S. 512.

¹⁰⁹ Vgl. im einzelnen WENDT Economic Appeasement.

¹¹⁰ Vgl. WENDT England und der deutsche „Drang nach Südosten“, besonders S. 491–492.

¹¹¹ Zum Interesse Washingtons, den deutschen Markt für Agrarexporte offenzuhalten, vgl. HANS-JÜRGEN SCHRÖDER Deutschland und die Vereinigten Staaten, 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes. Wiesbaden 1970, S. 145 ff. (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Band 59); zur britischen Empire-Politik in der Weltwirtschaftskrise WENDT Economic Appeasement, besonders S. 44 ff.

¹¹² Vgl. Geheimes Protokoll über das Ergebnis der II. gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses, 1. April 1936, in: AA, Verträge, Jugoslawien/4: „Der Deutsche Regierungsausschuß hat davon Kenntnis genommen, daß der Jugoslawische Regierungsausschuß . . . Wünsche auf Erhöhung der jugoslawischen Ausfuhr nach Deutschland gegenüber dem Stande des Jahres 1935 vorgebracht hat, deren Gesamtwert nach Schätzungen der beiden Regierungsausschüsse etwa 29 Millionen RM beträgt. Der Deutsche Regierungsausschuß ist angesichts der vom Jugoslawischen Regierungsausschuß gegebenen Zusicherungen für die Beseitigung des Saldos und den Ausgleich der Zahlungsbilanz grundsätzlich bereit, Wünschen auf Erhöhung der jugoslawischen Ausfuhr zu entsprechen. Er muß jedoch die Zulassung einer zusätzlichen Ausfuhr davon abhängig machen, ob der erstrebte Ausgleich tatsächlich eintritt . . .“

für Jugoslawien nicht gegeben. Das machte auch Stojadinović deutlich, als er im Oktober 1936 darauf verwies, „daß wir schließlich heute von keiner anderen Seite auch nur annähernd die gleichen Vergünstigungen erhalten können, die Deutschland unserer Ausfuhr eingeräumt hat“¹¹³.

Warum Jugoslawien wie die anderen Agrarstaaten Südosteuropas von einer kurzfristigen Nachfragesteigerung nach Agrarprodukten auf dem Weltmarkt letztlich nicht profitieren konnte, erläuterte die „Politika“ im September 1936: Die deutsche Regierung habe für ihre Wirtschaftsexpansion in den Balkanstaaten nicht nur das Clearingsystem „künstlich ausgenutzt“, sondern „auch die heute schon bekannte Spezialität seiner Politik, ein so großes Handelspassivum wie nur möglich herbeizuführen“. Die Balkanländer seien „wenigstens noch 2 Jahre lang wegen der Abzahlung ihrer Forderungen gezwungen, viel aus dem Reich zu kaufen“, bevor sie sich von „zu starken Handelsverbindungen mit Deutschland befreien“ könnten, falls sie überhaupt andere Märkte für ihre Produkte zu erschließen in der Lage seien¹¹⁴.

Jugoslawische Politiker haben in ihren Gesprächen mit verschiedenen ausländischen Diplomaten zwar wiederholt betont, daß Belgrad bestrebt sei, seinen Handel mit den westlichen Demokratien zu intensivieren, um einer zu engen ökonomischen und politischen Bindung an das Dritte Reich zu entgehen¹¹⁵. Diese Bindungen an Berlin waren aber bereits Mitte der dreißiger Jahre so weit fortgeschritten, daß der Spielraum Belgrads für handelsvertragliche Vereinbarungen mit dritten Staaten stark eingeschränkt war, was Belgrader Regierungsmitglieder gelegentlich auch einräumen mußten. Am klarsten zeigen das die ergebnislosen Gespräche Washingtons mit Belgrad über den Abschluß eines Handelsvertrages¹¹⁶ sowie die Tatsache, daß sich London genötigt sah, mit dem englisch-jugoslawischen Handelsvertrag vom November 1936 seine Handelsbeziehungen mit Belgrad auf eine bilaterale Basis zu stellen¹¹⁷. Dieser Handelsvertrag, in dem London Jugoslawien eine Devisenspitze gewährte und dessen Abschluß übrigens deutlich macht, daß man die Londoner Südostpolitik keineswegs schematisch als eine an „den Prinzipien des Individualismus“ orientierte Konzeption charakterisieren kann, die der deutschen Politik deshalb nicht gewachsen war, weil sie der „Struktur spätliberaler Wirtschaftsauffassung“ verhaftet geblieben sei¹¹⁸, bot Ansätze für eine Aktivierung britischer Südostpolitik. Der in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre erkennbaren Verschärfung der britischen Konkurrenz ist in Berlin „besondere Aufmerksamkeit“ gewidmet worden¹¹⁹. Die ökonomischen Möglich-

¹¹³ Erklärung vom 24. Oktober 1936, zitiert nach „Berliner Tageblatt“, Abendausgabe vom 27. Oktober 1936, 1. Beiblatt (Handel Deutschland-Jugoslawien).

¹¹⁴ Politika vom 14. September 1936, Auszug in: AA, Handakten Wiehl, Jugoslawien, Band 3.

¹¹⁵ Vgl. etwa Amerikanische Gesandtschaft Belgrad (Lane) an State Department, 20. April 1938, in: NA, RG 59, 740.00/362.

¹¹⁶ Vgl. hierzu etwa Memorandum Department of State, Division of Near Eastern Affairs, 9. September 1936, (Comments on the Problem of Our Trade Relations with Yugoslavia), ebenda 611.60H31/32: „German policy being what it is, it is impossible to approach the Yugoslav Government on the problem of our trade relations with that country on the theory that it (Yugoslavia) is an entirely free agent, unless, of course, we are prepared to offer compensation by way of increased purchases of Yugoslav commodities.“

¹¹⁷ Agreement between His Majesty's Government in the United Kingdom and the Government of Yugoslavia Regarding Trade and Payments, London, November 27, 1936. London 1936.

¹¹⁸ So TREUE Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan S. 51.

¹¹⁹ AA (Clodius) an Deutsche Botschaft London und Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 13. März 1939, in: AA, Ha Pol IIb, Handel 12/Großbritannien-Jugoslawien, 1 Band. Zur publizistischen Auseinandersetzung vgl. HELMUT BÖTTNER England greift nach Südost-Europa. Wien, Leipzig 1939. Die These von AVRAMOVSKI Balkanske zemlje i velike sile S. 330, Berlin habe eine Intensivierung der

keiten Londons wurden in der längerfristigen Perspektive auf deutscher Seite zwar gering eingeschätzt, eine weitere Verschärfung der deutsch-englischen Konkurrenz wurde prinzipiell allerdings für möglich gehalten, wenn London dies aus politischen Gründen wünschen sollte¹²⁰. In der historischen Analyse wird man jedoch die Möglichkeiten einer massiven Gegenpolitik Englands wegen der Empire-Politik und der im November 1938 im englisch-amerikanischen Handelsvertrag eingegangenen Bindungen Londons sowie des weltweiten Konjunkturrückschlags von 1937/1938 weitgehend ausschließen müssen.

Angesichts der bereits Mitte der dreißiger Jahre mit ökonomischen Mitteln etablierten und in den folgenden Jahren weiter ausgebauten deutschen Hegemonialstellung in Jugoslawien und besonders wegen der in der „Großen Depression“ fehlenden außenwirtschaftlichen Alternativen für die Belgrader Politik ist es rätselhaft, wie WUESCHT in der bisher einzigen gedruckten Gesamtdarstellung der Jugoslawienpolitik des Dritten Reichs unter kritikloser Übernahme nationalsozialistischer Propagandaparolen zu der These gelangen konnte, daß mit dem Verrechnungsverkehr aus der Handelspolitik „kapitalistische Zielsetzungen ausgeschaltet“ gewesen seien und sich die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis „der gleichberechtigten Partnerschaft“ entwickelt hätten¹²¹. Ähnlich vordergründig hatte 1955 schon MEISS behauptet, während der „ganzen Zeit der beiderseitigen Handelsbeziehungen“ habe es „keine Situation“ gegeben, „in der nicht das deutsch-jugoslawische Verhältnis auf gegenseitiger Achtung und völliger Gleichberechtigung aufgebaut“ gewesen sei¹²². Geradezu skandalös ist es allerdings, wenn Wuescht die unhaltbare These von der angeblichen „Unabhängigkeit der Südost-Staaten“ für Jugoslawien unter anderem mit dem Putsch vom März 1941 zu untermauern sucht. Dieser Putsch „bewies“ nach seiner Auffassung „recht deutlich“, daß „die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Deutschland die souveräne Handlungsfreiheit Jugoslawiens in entscheidenden Momenten seiner Geschichte nicht beeinträchtigen konnte“¹²³. Gerade die Vorgänge seit März 1941 zeigen aber deutlich, daß das nationalsozialistische Regime in dem Moment, als es die informelle Einflußnahme in Jugoslawien grundlegend gefährdet sah, als *ultima ratio* auch in Südosteuropa zum Mittel der formellen Beherrschung durch militärische Okkupation, territoriale Zerstückelung und Polizeiterror griff¹²⁴.

Der schnelle und im Jahre 1936 bereits weitgehend realisierte Ausbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa mittels wirtschaftlicher Durchdringung und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten informeller politischer Einflußnahme ist fraglos ein Ergebnis der seit 1933/1934 forcierten Südostpolitik Berlins gewesen. Allerdings stellt sich die Frage, ob es sich bei dem Einsatz der Wirtschaftspolitik auch als Instrument der Außenpolitik um eine spezifisch nationalsozialistische Politik handelte. Denn die Frage nach den Zielen deutscher Südostpolitik in der Weltwirtschaftskrise läßt Kontinuitäten der Politik des Dritten Reichs zur Außenpolitik vor 1933 erkennen. So dokumentieren etwa die

Beziehungen Londons zu den Balkanstaaten als Gegengewicht gegen die Positionen Frankreichs und der Sowjetunion begrüßt, ist nach meiner Kenntnis der Akten kaum haltbar.

¹²⁰ Vgl. Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Heeren) an AA, 11. Juli 1938, in: AA, Ha Pol IIb, Handel 12/Großbritannien-Jugoslawien, 1 Band.

¹²¹ WUESCHT Jugoslawien und das Dritte Reich S. 87.

¹²² MEISS Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen S. 289.

¹²³ WUESCHT Jugoslawien und das Dritte Reich S. 102 (Hervorhebung im Original).

¹²⁴ Vgl. BROZAT Deutschland-Ungarn-Rumänien S. 46; zur deutschen Politik im Frühjahr und Sommer 1941 vgl. jetzt OLSHAUSEN Zwischenspiel auf dem Balkan (siehe Anm. 1); zur weiteren Entwicklung bis 1945 LADISLAUS HORY, MARTIN BROZAT Der kroatische Ustascha-Staat 1941-1945. Stuttgart 1964, ausführlicher demnächst die vor dem Abschluß stehende Untersuchung von Holm Sundhaussen.

deutschen Präferenzverträge mit Ungarn und Rumänien vom Juni und Juli 1931, daß sich die Brüningische Politik nicht allein auf einen Ausbau der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Südosteuropa zu beschränken wünschte¹²⁵. Die deutschen Akten lassen keinen Zweifel daran, daß die Regierung Brüning die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas auch als Mittel der Außenpolitik einzusetzen wünschte, die in ihrer Zielsetzung vor allem auf eine Schwächung des französischen Sicherheitssystems in Südosteuropa abgestellt war. Besonders deutlich zeigt das etwa die interne Diskussion über den sogenannten Tardieu-Plan¹²⁶. Die seit 1930 angestrebte Intensivierung der deutschen Handelsbeziehungen mit den südosteuropäischen Agrarstaaten ist jedoch zunächst am Einspruch der USA gescheitert¹²⁷.

An die namentlich von Brüning anvisierte deutsche Vormachtstellung in Südosteuropa auf der Basis indirekt-ökonomischer Einflußnahme¹²⁸ konnte die Hitlersche Politik deshalb so erfolgreich anknüpfen, weil im Verlauf der Depression handelspolitische Fragen für die südosteuropäischen Staaten immer stärker in den Vordergrund rückten und weil es Berlin wegen der isolierten deutschen Binnenkonjunktur damit möglich war, die „Konsumkraft“ Deutschlands wirtschaftlich und politisch auszunutzen. Ein wichtiger Faktor ist in diesem Zusammenhang die rigorose Durchsetzung der deutschen Südostpolitik durch das nationalsozialistische Regime auch gegen den Widerstand dritter Mächte, bis hin zur Verletzung von Verträgen, gewesen. Darüber hinaus ist die von Berlin angestrebte Konservierung und auch Verstärkung des Ergänzungscharakters der südosteuropäischen Volkswirtschaften für Deutschland zu nennen. Außer in dieser ganz auf die deutschen Bedürfnisse abgestellten Strukturpolitik in Südosteuropa, die sich bereits im deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag von 1934 manifestierte und die im deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag vom März 1939 ihren sichtbaren Höhepunkt fand¹²⁹, ist das spezifisch nationalsozialistische Element der Berliner Südostpolitik der dreißiger Jahre vor allem auch in der innerdeutschen Entwicklung zu sehen. Erst im Verlauf der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden überhaupt die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Planung umfangreicher Agrarimporte aus den südosteuropäischen Staaten geschaffen. Nach dem Abschluß des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages im Mai 1934 ist dann auch von nationalsozialistischer Seite die „neue innere Marktordnung“ ausdrücklich als handelspolitischer Vorteil herausgestrichen worden¹³⁰.

¹²⁵ Hierzu umfangreiches Material in: AA, SW, Wirtschaft 1/Europa-Präferenzen, Die Präferenzen im deutsch-rumänischen und deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Bände 1-5.

¹²⁶ Vgl. z. B. das Protokoll der Ministerbesprechung vom 13. April 1932, in: BA, R 43 1/620; AA (Bülow) an die Deutschen Gesandtschaften in Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad, Sofia, 30. März 1932, in: AA, Handakten Wiehl, Donauraum, Band 1.

¹²⁷ Vgl. hierzu Aufzeichnung Bülow vom 28. Mai 1932, in: AA, SW, Wirtschaft 1/Europa-Präferenzen, Die Präferenzen im deutsch-rumänischen und deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Band 4; AA (Ritter) an die Deutschen Gesandtschaften in Bukarest, Budapest, Belgrad und Sofia, 7. Juni 1932, ebenda.

¹²⁸ Vgl. hierzu auch die Überlegungen bei KLAUS HILDEBRAND Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? 2. Aufl. Stuttgart 1973, S. 16-17.

¹²⁹ Zum deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag vom März 1939 vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 12 (1939) S. 79 ff. (Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag); BROZAT für Deutschland-Ungarn-Rumänien S. 70; ELIZA CAMPUS Întelegeria Balcanică. Bucureşti 1972, S. 283-284; HILLGRUBER Hitler, König Carol und Marschall Antonescu S. 42 ff.; VIORICA MOISUC Diplomaţia României şi problema apărării suveranităţii şi independenţei naţionale în perioada martie 1938 - mai 1940. Bucureşti 1971, S. 107 ff. (= Biblioteca istorică Band 29); GERDA SCHWABE Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939. Jur. Diss. Humboldt-Universität Berlin 1968 (Ms.); WENDT England und der deutsche „Drang nach Südosten“ S. 501.

¹³⁰ Dr. Winter zum Abschluß des Handelsvertrages mit Südslawien, zitiert nach Deutsches Nachrichtenbüro, Nr. 929 vom 2. Mai 1934, in: AA, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2. Vgl. zu diesem

Die spezifisch nationalsozialistische Komponente der deutschen Südosteuropapolitik in den ersten Jahren seit 1933 ist mithin 1. in ihrer rigorosen außenpolitischen Durchsetzung, 2. in der an den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft orientierten Strukturpolitik sowie 3. in der Ausschaltung der namentlich in der Endphase der Weimarer Republik von agrarischen Interessengruppen immer wieder artikulierten inneren Widerstände zu erblicken. In ihrer *Zielsetzung*, nämlich der Etablierung eines „Informal Empire“ in Südosteuropa mittels wirtschaftlicher Durchdringung und der damit einhergehenden Sprengung des französischen Sicherheitssystems¹³¹ – die sich bei der Jugoslawienpolitik vor allem in der Schwächung der Kleinen Entente und der Isolierung der Tschechoslowakei manifestierte –, steht die nationalsozialistische Politik gegenüber den südosteuropäischen Agrarstaaten in der Tradition der deutschen Außenpolitik vor 1933¹³². Die Realisierung dieses Zieles ist dann ein Ergebnis der nationalsozialistischen Politik, die den Anspruch Deutschlands auf eine Hegemonialstellung durch die „Konstruktion“ einer „deutschen Monroe-Doktrin“ (GRUCHMANN)¹³³ auch ideologisch zu legitimieren suchte.

Problem auch die Überlegungen des Auswärtigen Amtes in seinem Runderlaß vom 18. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 28–29; außerdem die bei SCHUMANN (Hrsg.) Griff nach Südosteuropa S. 22–23 zitierten Äußerungen des Vorsitzenden des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Wilmowsky, vom 2. Mai 1934.

¹³¹ Vgl. hierzu auch die Untersuchung von ÖRMÖS Franciaország és a Keleti Biztonság; ich stütze mich vor allem auf die Zusammenfassung in französischer Sprache, S. 439–446.

¹³² Die hier nur angedeutete Kontinuitätsthese wurde auf dem einleitend erwähnten Belgrader Kongreß vor allem von H. Sundhausen, Hamburg, unter Hinweis auf die deutschen Akten kategorisch abgelehnt. Ich werde mich mit dem Kontinuitätsproblem deutscher Südosteuropapolitik in der Weltwirtschaftskrise unter Heranziehung der deutschen Akten an anderer Stelle ausführlicher auseinandersetzen.

¹³³ LOTHAR GRUCHMANN Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“. Stuttgart 1962.